

Die „Weltzeitung“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 2/3, und durch Postanstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

# Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Verlagsgesellschaft  
Verlegt für die Expedition  
23 Wapenstr., im Hause der  
Berechnungs-Kasse  
15 Wapenstr.  
Inserate für die Adressen  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 189.

Mittwoch, den 16. August 1905.

16. Jahrgang

### Der fromme Zuckerkönig.

Ein Greis bankerott! Einer, der mit Dreißig die Sprossen der Millionenleiter hinaufflog, muß als Siebziger die Gläubiger um Pardon anbetteln und aufleben sein, wenn sie ihm und seiner Familie ein paar Notarschen für den Rest ihrer Tage lassen. Und nun fällt jedes Schreiblein über ihn her. Wie sie sich moralisch herausputzen: „Er hat sein Schicksal verdient!“ so rufen sie im Chor, die selbst-gerechten Narren und Bösewichte. „Welche Frivolität, in einem Volksgenussmittel à la hausse zu spekulieren!“ Aber die Schreier vergessen ganz, das Kardinalschreiben auf dem Markt auszuplaudern, das Herr Jules Jaluzot in Paris vor fast gelegt wird. Es bestand darin, daß ihm seine Spekulationen nicht glückten. Sein Verbrechen war ein Rechenfehler. Und nichts weiter als ein ganz einfaches Rechenexempel ist daher die Frage nach dem Maße der Schuld, das ihn trifft. Er hat im Januar Zucker zum Preise von 40 bis 46 Franks gekauft und muß ihn nun zum Preise von 28 Franks verkaufen. Macht eine Differenz von ca. 17 Franks durchschnittlich auf den Sack zu Lasten des Herrn Jaluzot. Hätte der alte Herr zu 28 Franks gekauft und zu 46 Franks verkauft, die Bourse du Commerce hätte ihn zum Ehrenmitglied ernannt, die Herren Journalisten hätten die Kollegen von der Presse und der Patrie um den potenten Brotherrn beneidet, und die Frauen der Angestellten des Bazar Printemps hätten ihre Kinder mit Erzählungen vom braven Jaluzot in den Schlaf gelullt. O! Die Welt ist furchtbar moralisch, wenn sie einen Sündenbock auf die Folter spannen kann. Und Monsieur Toutlemonde richtet sich entrüstet empor, sobald er merkt, daß er vor dem Dalles huckelt, wo er gesaubert hat, vor vollen Säcken zu stehen. Weshalb ist Jules Jaluzot heute auf den Boulevards an der Seine und in allen Städten und Städtchen der Böse, den Gottes Gericht noch an der Schwelle des Todes erreichte? Weil er das tat, was Tausende an allen Börsen der Welt tun, nur weniger offen, weniger lähn und — mit mehr Glück, und weil er durch sein Mißgeschick wieder einmal vor aller Augen dokumentierte, auf welche Weise die Vermögen entstehen, die der Welt Geseh und Moral diktiert und als Stütze der sittlichen Weltordnung ausposaunt werden.

Herr Jaluzot ist von jeher ein Mustertnabe gewesen. Im Bon Marche, dem „Paradies der Damen“, begann seine kaufmännische Karriere ihren Aufstieg. Wie es sich für einen guten Bürger geziemt, heiratete er dann eine reiche Witwe. Ihr Reichthum bestand im Bazar Printemps, den der neue Ehemann mit sein ausgeklügelter Neikame an die Spitze der Marzipan Warenhäuser brachte. Aber sein wachsendes Vermögen trieb ihn nicht ins Lager der Materialisten, als guter Bürger blieb er dem christlichen Glauben treu und war tätig in den Werken christlicher Liebe. Er schuf seinen Angestellten eine Sparkasse, seinen Volksgenossen eine Depositenbank, kaufte zwei Zeitungen vom Teufel des Radikalismus los, nahm das Geld seiner

Glaubensgenossen — Orbenbrüder und Laien — zu getreuen Händen in Verwahrung und wagte sich selbst in den Pfuhl, wo die Jaurès, Clemenceau und Arisson sich wälzen. So wurde er Abgeordneter, Zeitungsbesitzer, Warenhauskönig und — Direktor einer Zuckerriederet, deren Aktien fromme Leute übernahmen. Der Papst schenkte ihm seinen Segen, der die Stagen des Printemps mit den feinsten Damen füllte und die Grooms und Galopins der Vor-negmen verantwortete, ihm ihre Spargelber anzuvertrauen. Nahezu zwei Millionen betrug sein Einkommen aus dem Warenhaus. Aber die kleine Zuckerriederet sollte ihn in den Rang der Rothschilds erheben, denn sie verlieh ihm einen Rechtsittel auf Spekulation in Zucker. Er gab sich mit Kleinigkeiten nicht ab. Kurz bevor die Brüsseler Zuckerkonvention in Kraft trat, kaufte er über 80 Prozent der französischen Produktion zusammen, um sie mit der erheblichen Staatsprämie ins Ausland zu verkaufen. Als viel-sacher Millionär ging er aus der Kampagne und als Ehren-mann aus — der Amtsstube des Untersuchungsrichters hervor, der dem durchs Parlament seiner Immunität entkleideten Deputierten wegen Nahrungsmittelwuchers den Prozeß machen wollte. Aber der Ruhm ließ ihn nicht auf den Korbeeren ruhen. Die Brüsseler Konvention war von den kontinentalen Zuckerinteressenten — ausgenommen die englischen — mit hangen Prophezeiungen begrüßt worden. Man erwartete, daß eine Unzahl Fabriken zusammenbrechen würde. Aber man hatte Geispenster gesehen. Ein paar Klitschen in Deutschland und Frankreich stellten beim ersten Anprall der veränderten Verhältnisse wohl den Betrieb ein. Allein die Herabsetzung der Zuckersteuer besetzte den Konium auf den heimischen Märkten. Und als sich dazu auch noch eine schlechte Ernte gesellte, da stieg der Zuckerpreis bald wieder an, feste Haltung zu gewinnen. Das war für die Spekulanten die gegebene Situation. Sie begannen den Zucker aufzukaufen. Und jetzt wagte sich auch Herr Jaluzot wieder hervor. Anfangs allein. Doch bald folgten ihm ein paar angesehene Firmen, und an sie heftete sich die große Schar der Mittläufer, die überall sich einfand, wo es viel zu gewinnen, und für die, welche doch nicht zahlen können, wenig zu verlieren gibt. Gevoller Schneider und Hand-schuhmacher, Kellner und Stubenmädchen, die Herzen vom Turf und aus den Spielcafés spielten in Zucker. Es wäre dem braven Jaluzot ein leichtes gewesen, seine Engagements zu lösen und neue Millionen einzustreichen. Aber der kurz-sichtige Franzose, der im Kontor, in den Couloirs, auf seinem Verlegerstisch und in den Chambres séparées nie-mals Zeit gefunden hatte, die Lehren der Geschichte zu studieren, sah im senilen Hirn die Idee, der Welt den Preis zu diktieren. Er türmte Sack auf Sack, und als das eigene Geld nicht mehr auslangte, ließ er sich 10 Millionen aus den Sparquithaben seines Warenhauses. Nicht ganz ausgeschlossen schien es, daß der Volkshüne noch höheren Ge-winn erzielen konnte, wenn auch die neue Ernte wieder wenig Rüben und geringen Ertrag liefern würde. Aber Gottes Segen war diesmal mächtiger als der Segen von

Betri Stellvertreter. Und Gott war diesmal mit den Rübenbauern. Nun zog sich der Konium, der ohnehin schon durch die hohen Preise abgeschreckt war, völlig zurück. Die Preise fielen, ohne daß die zehn Warenhausmillionen ihrem Fall Einhalt tun konnten, und Herr Jaluzot fiel mit ihnen. An den Fall Jaluzot lassen sich höchst erbauliche Betrachtungen über den bösen Terminhandel, die bösen Warenhäuser und wer weiß was sonst noch knüpfen. Aber in Deutschland wenigstens ist's ziemlich still davon. Denn die Blätter, die gegenüber den Leys, Schra und Lenten à la Ritter u. Blumenfeld den Mund recht voll zu nehmen pflegen, hüteten sich, ihre Schugbefohlenen darauf aufmerksam zu machen, daß auch strenggläubige Christen und fromme Patrioten Warenhäuser und Terminspekulationen betreiben, mit anderer Leute Geld ihre Schulden bezahlen und arme Witwen vor leeren Geldschranken und verschlossenen Schaltern in Tränen stehen lassen. Als bei uns die frommen Herren Sanden und Schmidt dem Staatsanwalt verfielen, da konnte man nach den Spieß umdrehen und das Märchen von der Hautefinance herleiten, die den verhassten Duffibers das Genick gebrochen habe. Sind die hohen Zuckerpreise auch von den Feinden der Gläubigen herabgedrückt worden? Vielleicht taucht, wenn der rabfale Herr Chaumie die Anklage wider den spekulativen Greis erhebt oder der Konseilpräsident Rouvier die Haute Banque nicht schnell genug zu Feuer-wehrdiensten alarmiert, solche Version doch noch eines Tages auf.

Freilich, ob's selbst die Feiler der „Presse“ und „Patrie“ glauben werden? In der Geschichte der französischen Finanz-frisen gibt es ein ebenis populäres wie interessantes Kapitel. Es trägt die Ueberschrift: Eugene Vontoux. Allerdings, der Held jener Tragödie hat mit Herrn Jules Jaluzot äußerlich wenig Ähnlichkeit. Und der Tummelplatz jenes ehemaligen Südbahndirektors war die Fondsbörse, sein eigenes Gebiet der Aktienschwindel. Aber die Methoden beider Männer ähneln sich ziemlich genau. Und diese Ähnlichkeit ist von volkerpsychologischer Bedeutung, da sie zeigt, wo die falschen Propheten im Lande der Aufklärung, der „liberté, égalité et fraternité“ einzuweisen haben, um sicheren Erfolg zu erzielen. Die „rote Hand“ ist reicher als alle Rothschilds. Wer den Klerus zum Kapitalisten hat, braucht sich um ein paar Mil-lionen nicht zu banen. Vontoux hatte sich mit Rothschild überworfen und gründete die Union Generale. Mit dem Gelde der gerade ausgewiesenen Jesuiten ausgestattet, sollte sie eine katholische Hochburg gegen die Korruption der jüdischen Rothschilds sein. Ganz wie Jaluzots Printemps, dessen An-teile sich zumeist in den Händen frommer Brüder und Schwestern und Feinden der Republik befanden. Christliche Jupons, Regenschirme, Strümpfe und Schuhe sollten den jüdischen Artikeln der anderen Warenhäuser den Erfolg ab-jagen. Und wie Vontoux die Vertreibung der Jesuiten, so kam dem braven Jaluzot die Kongregationsgesetzgebung zu-gute. Vontoux ließ einst gegen die französische Rente Sturm laufen, um die Gelder der Später an sich zu ziehen, und 25 Jahre später mußten die ehrenwerten Herren Redakteure

### Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Segeler.

45) (Nachdruck verboten.)  
In der Küche trieb sie die Mädchen aus ihrer Ruhe. „Fr. Trina, holen Sie aus dem Keller zwei Flaschen Gold-sack! — Ne, drei — oder lieber zwei und eine Rote. — Und Sie, schneiden Sie mal Brot. Wo ist denn die Gänsebrust? Was meinen Sie, Piese, können wir den Gaten nicht schon heut' essen? —'s muß doch gehen? Nur fix!“  
Wie aufschreckende Hübner flohen die Mädchen hin und her. Auf einmal war große Aufregung ins Haus gekommen.  
„Als Marianne ins Zimmer zurückkehrte, schwieg das Gespräch, und alle blickten sie an.  
„Freig findet auch, daß Du nicht gut aussiehst,“ sagte Daniel.  
„Ich bin wirklich erschrocken, Schwägerin. Seit dem Herbst haben Sie sich sehr verändert.“  
„Ach, momentan geht's mir glänzend. Stiert mich bloß nicht alle so an! Hier, est lieber was!“  
Sie schob die Teller srensch, schnitt Wurst auf, richtete herum, gab ihrem Mann einen kleinen Stob.  
„Schent ein, Dan! Nicht so tranig sein!“  
„Dann kannte sie plötzlich wieder fort, weil ihr plötzlich einfiel, daß die Mutter lieber Gales ab. Sie wagte selbst nicht, was ihr war. Sie schloß sich nun neubelebt, wie von einem Knebel befreit, wie im Umpaannerausch. Gedanken, Hoffnungen, Freude, alles, was Leben belebt, flüchtete wiebelarant auf sie ein, daß sie sich dessen gar nicht erwehren konnte. Zuerst mußte Freig natürlich von seiner Reise erzählen. Aber bald rief der Apotheker das Wort an sich und erzählte von einem neuen Warenhaus, das in Udenbach erbaut wurde; und bei seiner Beschreibung nahm dieser Wunderbau so riesenhafte Dimensionen an, daß alle Pyramiden und Paläste, von denen Freig gesprochen, dagegen zu Zweigen zusammen-schrumpften.  
Marianne behielt ihre glänzende Raune auch beim Abendessen. Als man später wieder im Wohnzimmer saß, sagte der Apo-theker plötzlich:  
„Wunder, ich verstehe doch gar nicht, daß Sie nicht längst Brüderlichkeit getrunken habt. Dies Siegen klimat ja lachhaft.“  
„Wir können's ja nachholen,“ meinte Marianne. „Wenn Sie Lust haben.“  
„Mein Wunsch war es schon längst. Ich wagte nur nicht, darum zu bitten.“  
„Dann los!“ sagte der Apotheker und schenkte seiner Tochter ein. Aber sie schob das Glas bei Seite und sprang mit funkelnaden

„So zwei wie wir verdrüben sich nur in Selt, nicht wahr, Schwäger?“  
„Dann eilte sie in die Küche, um den Wein herauf holen zu lassen.“  
„Herrn Superintendent, die sich Zucker in ihren Mosen getan und dann ihre Albert-Cakes geknabert hatte, lehnte sich immer zärtlicher an die breiten Schultern ihres Sohnes. Ihre Augen wurden immer größer und glänzender.“  
„Pöblich fragte sie:  
„Du sage mal, Junge, war's denn wirklich hübsch da in — in Arabien? Ich kann's mir gar nicht vorstellen.“  
„Für Dich war's auch nicht gewesen, Mutter. Schon allein der Schmutz! Und die Wahnungen! Häuser ohne Dächer. Mensch und Vieh haust da zusammen. Das heißt, sie schlafen h'oh dadrin. Alles übrige wird auf der Straße abgemacht. Selbst die kleinen Kinder kommen auf der Straße zur Welt.“  
„Das haste doch nicht etwa gesehen?“  
„Na, mehr als einmal. Weisste, das is da unten nicht anders, als wenn bei uns 'n Karnikel Junge wirt.“  
„Du höre aber auf!“ sagte sie entrüstet. „Da danke ich aber wirklich dem lieben Gott, daß ich nicht da unten zur Welt gekommen bin.“  
Der Champagner wurde in einem mit Schnee gefüllten Eis-tübel hingetragen. Marianne und Freig stießen an.  
„Also, Du!“ sagte er.  
„Du!“ erwiderte sie und fühlte den leise zitternden Druck seiner Hand in der ihren.  
„Und der Kuh? Wo bleibst der Kuh?“ fragte der Apotheker enttäuscht. Freig beugte sich langsam herunter und berührte mit seinen Lippen unmerklich ihre Stirn an den kranken Stellen des Gaaransatzes.  
„Blas, in leiser Bewirrung nahm sie wieder Platz. Die anderen legten die Unterhaltung fort. Die beiden schwiegen und sahen sich von Zeit zu Zeit an. Und plötzlich durchfuhr Marianne die Erinnerung an den Abend bei der Frau Bürgermeister, als sie Freig kennen gelernt hatte. Damals hatte er sie auch geküßt. Und wenn er damals anders gewesen wäre, so zart und ehrerbietig wie heute, vielleicht wäre dann alles anders gekommen. Vielleicht wäre sie dann heute seine Frau.  
Mit so furchtbare Festigkeit überfiel sie dieser Gedanke, daß sie sich jäh aufrichtete und wie auf ein Geipenst ins Lere starrte.  
„Bist ja so nachdenklich, Mariechen,“ sagte der Apotheker, in-dem er ihr das neu gefüllte Glas hinstob. „Wo brükt Dich denn der Schuß?“  
Sie war noch immer fassunglos. Sie hatte das Gefühl, als wäre sie einem ungeheuren Vetrug auf die Spur gekommen, indem sie den winzigen, nichtigen Kern entdeckte, aus dem ihr ganzes Glend

„Woran ich denke? — Ich denke — daß es nichts Berrückteres gibt als das Leben.“  
„Wieso verrückt?“ fragte Daniel.  
„Nun einfach verrückt — sinnlos.“  
„Wenn man sich nur rechtlich Mühe gibt, dann entdeckt man schon einen Sinn.“  
„Ich bitte Dich, wo, wie?“ fragte sie wild. „Ich — ich lasse 'n glühendes Streichholz fallen — mein Haus brennt ab, so und so viele Menschen kommen um — warum geschieht das? Wie liegt da Sinn und Verstand drin?“  
„Und, das ist 'ne typische Frage. Da haben sich schon klägert Leute als wir darüber den Kopf zerbrochen.“  
„Ich glaube auch,“ meinte Freig lächelnd. „Heut Abend kriegen wir das nicht mehr heraus. Man lebt nun mal. Deshalb sollte man glücklich sein und so altlich leben, wie man kann.“  
Gerade wollte Daniel etwas erwidern, als die Mutter, die bis dahin bei den Rubieren gewesen war, sich ermunterte und fragte:  
„Daniel, Du denkst wohl gar nicht an die Abendandacht?“  
„Das ist jetzt schon 'n bißchen spät. Die Mädchen werden doch längst zu Bett sein.“  
„Es 's denn schon sehr vorbei?“  
Freig hobte ihr auf den Rücken.  
„Na, Mütterchen, lassen wir mal, es geht auf zwölfe.“  
„Nun war der Schred groß. Und wenn auch der Apotheker meinte, so jung käme man nicht wieder zusammen, wurde doch so aleich aufgebrochen. Daniel begleitete die beiden Gäste in ihr Zimmer. Als er wieder herunterkam, war Marianne damit beschäftigt, die Gläser zusammenzubellen. Er legte seine Zigarette frisch in Brand und sah seine Frau lächelnd an.  
„Du warst so vergnügt heute Abend!“  
Sie leerte die Albenbecher im Ofen, ohne etwas zu erwidern.  
„Weißt Du, was mir eingefallen ist, Marianne? Ich glaube, das hat zum großen Teil Deine Melancholie mit verschuldet: unter einfaimes Leben. Wir wollen öfters so kleine Gesellschaften geben. Du brauchst das. Du bist eben ein gefelliges Wesen. Weinst Du nicht?“  
„Kann sein.“  
„Ich glaube sicher. Dann mirt Du auch wieder vergnügt, nicht wahr? Das wäre doch schrecklich wenn's so weitergehen sollte wie in der letzten Zeit. Siehst Du, ich selbst bin so'n stiller Mensch, nehme alles so schwer, da brauche ich ein Wesen, das mich auf-heitert.“  
„Da such' Dir jemand anders aus. Ich hab' keine Lust, Deinen Handwurf zu spielen.“  
„Und, mißverstehe' mich doch nicht! Ach, Du bist doch 'n schrecklicher Tropf! — Ich möchte ja nur, daß Du wieder so würdest wie früher. Wirst Du denn damals mein Hanswurst?“  
„(Marianne lacht.)“



der „Presse“ und der „Patrie“ dasselbe tun, um ihrem Verleger die Leute in die Spardasse zu treiben. Doch was gegen Gambetta und den unbeliebten Finanzminister Main-Dargen eine Waffe von gefährlicher Schärfe sein konnte, ist gegenüber dem vielgewandten Rouvier ein Pappschwert, über das man lacht, wenn Komödianten es gleich einer Stahlklinge in der Sonne funkeln lassen wollen. Und deshalb wird Jaluzot neben Bontoux als Knirps.

Aber der Knirps hat doch die richtige Witterung gehabt. Und wenn ihn zufällig sein Ehrgefühl geleitet hätte, anstatt an der Warendörse auf dem Fondsmarkt seine Längze aufzuführen, vielleicht hätte er es zu Bontoux II. bringen können. Wie beim Bontouxtrick ist auch beim Judertrick Jaluzot u. Cie. Oesterreich in Mitleidenschaft gezogen, dessen Wirtschaftsleben seit Jahren nur noch elektrifiziert wird, wenn Katastrophen heraufbrechen. Aber auch hier ist's diesmal nur die Karikatur eines Events. Keine Länderbankrottage, keine Parlamentinterpellation und keine Serbenliste. Nur ein paar Kalamitäten in Prag. Wie anders sah es doch am 19. Januar 1882 in der Welt aus.

Aber damals wie heute fromme Betrüger! Doch nein, ich will Herrn Jaluzot nicht einen Betrüger nennen. Denn wenn er den Juder zu 48 Franks verkauft hätte, würde ich ihn für einen Ehrenmann erklären müssen.

„Münch.“

### Politische Heberische.

Bei der Offener Wahl wollen die Hirsch-Dundert'schen Gewervereiner Einfluss zu gewinnen suchen, und sie haben zu diesem Zweck beschlossen, den vier Kandidaten — Sozialdemokrat Gewehr, Zentrumsmann Sieberts, Christlich-Sozialer Behrens und Nationalliberal-Nationalsozialer Niemeyer — folgende neunzehn Forderungen zu unterbreiten:

1. Allgemeine, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zu Reichs- und Landtags, sowie zu den Gemeindefolgen.
2. Uneingeschränktes Koalitionsrecht für alle Arbeiter, auch für landwirtschaftliche und Eisenbahnarbeiter.
3. Abschaffung der Berufvereine ohne behördliche Kontrolle.
4. Abschaffung der Schadenersatzpflicht für aus der rechtmäßigen Verwendung des Koalitionsrechts der Arbeiter entstehenden Schäden.
5. Errichtung von Arbeiterkammern.
6. Selbstständiger Maximalarbeitsstag für alle männlichen und weiblichen Arbeiter.
7. Selbstständiger Maximalarbeitsstag für verheiratete weibliche Arbeiter.
8. Selbstständiger Maximalarbeitsstag für alle Bergarbeiter, sowie für alle in Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter.
9. Anbahnung und Verschmelzung der verschiedenen Abteile der Arbeiterversicherungsgelege. Volle Selbstverwaltung durch die Interessierten.
10. Generelle Weiterführung der Sozialreform auf allen Gebieten des Arbeiterstandes.
11. Proportive Reichseinkommen-, Reichsvermögen- und Reichsverkehrssteuer unter Freilassung der kleineren Einkommen und Vermögen.
12. Abschaffung der die Volkswirtschaft belastenden indirekten Steuern.
13. Abschaffung aller Schenksteuern auf Lebensmittel und denjenigen Industrieprodukten, die des Schutzes nicht mehr bedürfen.
14. Verkauflichung des Bergbaues. Nichtanschluss mit der staatlichen Forderung an das Syndikat, vielmehr Verwertung desselben zur Preisregulierung und Verabfolgung der Kohlenpreise.
15. Verbesserung des Volksschul- und Fortbildungsschulwesens derart, dass die unteren Volksklassen besser gebildet im Leben seien. Verbesserung des Fortbildungsschulunterrichts in die Arbeitszeit.
16. Schaffung eines freien Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetzes.
17. Errichtung eines Reichswahlgesetzes.
18. Abkündigung und Abschaffung aller Ausnahmegesetze und Ausnahmemaßnahmen der Verwaltungsbehörden, richten sie sich gegen Konfessionen oder Parteien.
19. Verbesserung des Wertwachsens an Grund und Boden. Überhaupt Umwertung aller Maßnamen, die geeignet sind, das Monopol des Bodenerbes zu brechen.
20. Ablehnung jeglicher weiteren gesetzlichen Maßnahmen, die geeignet sind, die Entwidlung des Konsumvereinswesens zu behindern.

Ganz besonders die mit fetten Nummern versehenen Punkte werden den drei hürerlichen Kandidaten hohe Kopfschmerzen machen, mit gutem Gewissen kann sie keiner unterschreiben. Den Gewervereiner wird also, wollen sie bei der Stange bleiben — das heißt bei ihren eigenen Forderungen — nichts anderes übrig bleiben, als am Wahltag zu sagen: „Hast den Gewehr an!“

Ueber die Wahlagitator im Kreise Offen teilt die „Köln. Volksztg.“ Einzelheiten mit, die zwar partiell gefärbt sind, aber doch ein Bild von der rührigen Arbeit der Parteien geben. Sie schreibt:

Die Wahlvereinsammlungen hat die Wahlbewegung im Wahlkreise Offen bei allen Parteien eingelegt. Am Freitag Abend tagte eine von etwa 2500 Personen besetzte Versammlung der Christlich-Sozialen Partei, welche von Parteiführern der Kandidaten Niemeyer — jedoch ohne durchgreifenden Erfolg — zu lösen verucht wurde. Es gelang nur Anführer der Christlich-Sozialen Partei zum Freit, die durch scharfe Abrechnung sowohl mit dem sozialistischen „Nationalen“ als auch mit der sozialdemokratischen Partei blieben.

Auf Sonnabendabend war von der „nationalen“ Partei eine allgemeine Wählerversammlung mit freier Diskussion anberaumt. Sie verlief infolge des Einwirkens der Sozialdemokratie so tumultuarisch, daß die Landesversammlung in der Stadt nicht stattfinden konnte. Als erster Vortrager trat Oberlehrer Woppholder in Form einer Rede über das selbständige Wesen der Christlich-Sozialen Partei, die, wie er behauptete, die Interessen der Arbeiter vertreten solle. Er sprach über die Bedeutung der Christlich-Sozialen Partei in der Gegenwart, die, wie er behauptete, die Interessen der Arbeiter vertreten solle. Er sprach über die Bedeutung der Christlich-Sozialen Partei in der Gegenwart, die, wie er behauptete, die Interessen der Arbeiter vertreten solle. Er sprach über die Bedeutung der Christlich-Sozialen Partei in der Gegenwart, die, wie er behauptete, die Interessen der Arbeiter vertreten solle.

Das Zentrum habe keine Wählerberechtigung mehr, denn der Papst habe die vorläufige Lage der Katholiken in Deutschland anerkannt. Auf die „Presse“: „Gewehr, Sieberts, Behrens, Niemeyer“ meinte Hr. Niemeyer, da sei nur ein wackerbürgerliches, schäffisches oder braunschweigisches Zentrum denkbar! Zentrum und Katholiken hätten nichts mit einander zu tun. Die Kirche sei 2000 Jahre alt, aber noch nicht 2000 Jahre sei das Zentrum Regierungspartei. Das letztere werde vom deutschen Volke schmerzhaft ertragen. Für die politische Reife des Hr. Niemeyer ist die hier geoffenbarte Gedankenwelt recht charakteristisch.

Nachdem die nationalliberalen Wortführer geredet, sprachen die Sozialdemokraten Gewehr und Wähler in der schärfsten Weise gegen die Nationalliberalen. Das Judertrick hatte keinerlei beabsichtigte Wirkung angeht, im Gegenteil an viel stärkeren Ausdrücken geriet. Nachdem sie weislich ihre Ideen vorgetragen, verließen die Sozialdemokraten in geschlossener Kolonne unter großem Rumor das Feld.

In nichtendendem Gegensatz zu dieser Versammlung verließ die gerade überwältigende Kundgebung, welche die Zentrumspartei am Sonntagvormittag veranstaltet hatte, in vollster Einmütigkeit.

Das Zentrum läßt keinen Gegner in sein Nest und rühmt sich dann der „Einmütigkeit“. Die „Kölnische“ soll sich einmal ihre Breslauer Brüder ansehen, da sie stets aus einem anderen Loch.

Unsere Partei hält seit längerer Zeit große Versammlungen ab, über die wir schon berichtet haben.

Auf die „hochbedeutende“ Rede des Herrn von Pöbbecke antwortet sehr treffend und entscheidend die neueste Nummer der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“. Der Minister muß sich von dem Blatte folgendes ins Stammbuch schreiben lassen:

„Der Minister bestreitet das Vorhandensein einer Vieh- und Fleischnot, weiß aber doch keine Erklärung für die Vieh- und Fleischnot. Was berechtigt ihn zu der Meinung, daß ein Schweinemangel nicht vorhanden oder wenigstens bereits im Schwinden ist? Der Minister weiß nur die Tatsache anzuführen, daß auf dem letzten Berliner Viehmarkt bereits wieder 13,560 Schweine aufgetrieben waren. Hätte er sich nur die Mühe genommen, den Auftrieb der ersten drei Quartiere anzusehen, so würde er gefunden haben, daß zusammen 31 714 Schweine aufgetrieben worden sind, während es im vorigen Jahre 22,513 Stück waren, daß der Durchschnitt im August dieses Jahres also ein Wert von 799 Stück gegenüber dem Vorjahre ergibt. Ebenso zeigen die neun Julimärkte dieses Jahres zusammen 90,232 Schweine, also im Durchschnitt nur 10,000 Stück! So tendenzlos sollte doch ein Landwirtschaftsminister nicht Zahlen herausgreifen und verzerren.“

Dazu kommt, daß die Qualität der Schweine sehr viel zu wünschen läßt; gute Schweine werden nur in sehr geringer Zahl aufgetrieben, zum größten Teil sind es mittlere und geringe Schweine. Der Minister scheint aber selbst bekräftigt zu haben, daß die gegenwärtigen Auftriebe keine Garantie für seine Behauptung haben. Er ist deshalb, um die Genücker zu beschwichtigen, den Blick auf die Zukunft und erklärt: Nach 3-4 Wochen nur werden wir die hohen Preise haben, dann wird ein solcher Ueberfluß an Schweinen eintreten, daß die Preise sinken werden. Wenn die Reden des Ministers aus der Gegenwart schon so wertlos sind, was soll man gar von den Zahlen halten, die ihm seine Prophezeiungsbildner hat? Kein mit den Verhältnissen vertrauter Mensch wird ihnen auch nur den geringsten Glauben beimessen.

Nachdem der Minister sich verneinend bemüht hatte, zu beweisen, daß es eine Fleischnot nicht gibt, erklärte er, daß aus Rücksicht auf die Viehwirtschaft auch nicht billiger zu stehen kämen als unsere heimischen Schweine. Möge doch der Minister nur einmal den Versuch wagen! Sind denn die obersteinsten Meister und Viehhändler und des Ministers Ratgeber Kommission so ganz auf den Kopf gefallen, daß sie die Einfuhr dieser Schweine verweigern würden, wenn sie nicht wüßten, daß dies mit Gewinn geschehen könne?

Daß der Minister zuguterletzt noch glaubt, das Schweinegeschäfts ins Feld führen zu können, ist vollends nicht mehr ernst zu nehmen. Diesen Grund geben die Viehwirtschaft haben in der letzten Zeit sogar die agrarischen Zeitungen schon preisgegeben. Was soll denn das auch heißen? Schon jetzt werden russische Schweine eingeführt, und vom 1. März nächsten Jahres müssen sie auf Grund des neuen deutsch-russischen Handelsvertrages in noch größerer Zahl zugelassen werden. Wenn im Frühjahr von diesem Import keine Schweine eingeführt werden, so kann sie doch vorläufigerhand auch jetzt nicht als Grund gemacht werden. Die ganze Rede des Ministers ist nur aus dem Schutzwort zu verstehen, wo der Minister mit der Verantwortlichkeit, die ihm allerdings zusteht, ausbricht: Ein preussischer Landwirtschaftsminister kämpft für die vorläufige Landwirtschaft. Herr v. Pöbbecke will eben nur Landwirtschaftsminister sein und nicht weiter. Was der Minister v. Pöbbecke davon erinnert werden, daß jeder preussische Minister auch zugleich Staatsminister ist, das heißt ein Minister, der neben den Interessen seines Reiches auch das Wohl zu berücksichtigen hat?

Die Fleischerzeitung ist naiv, sonst würde sie nicht in einem Memore von den Ministern des Brotwuchers und vom Volkswohl reden. Sod bleibt dabei: es gibt nur eine Fleischnot, aber keine Fleischnot. Das heißt: Wer Geld genug hat, kann immerfort Fleisch kaufen und leidet keine Not. Der Pöbel mag Kartoffeln essen!

Neue Kolonialstreben. Zwischen der Zivilbevölkerung von Windhuk und dem militärischen Gouverneur des deutschen Schutzgebietes bestanden schon seit längerer Zeit Meinungsverschiedenheiten, die jetzt einen akuten Charakter angenommen haben. Der dortige Veirat hat sein Amt niedergelegt. Geh's so mit Troika in Afrika, so sind beherlich auch dem Gouverneur von Samoa, Soli, eine Anzahl schwerer Vorwürfe in patriotischen Blättern gemacht worden. Dazu schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Dem Gouverneur von Samoa, Soli, wurde in der Presse eine harte Behandlung des früheren Gouverneursbeamten Edenrober von seiner Familie vorgeworfen. Auf die erhobenen Beschuldigungen kann im Einzelnen erst Auskunft erteilt werden, wenn der eingeleitete Bericht des Gouverneurs von Samoa eingegangen ist. Auf Grund des Materials, das an amtlicher Stelle hier vorliegt, ist indessen schon jetzt festzustellen, daß Edenrober wegen verdrängter Interessen gegen die Disziplin im Amt verstoßen worden ist, sowie daß der Gouverneur bereits Anfang April Edenrober schriftlich angeboten hatte, dessen Frau im Regierungshospital ärztlich behandeln und verpflegen zu lassen, daß dies Anerbieten jedoch von Edenrober wiederholt abgelehnt worden ist. Hieran ist wohl anzuschließen, daß seine Frau erst drei Tage vor dem am 1. Juni erfolgten Tode im Hospital aufgenommen worden ist.

Das Ausweisen aus der Wohnung und andere Behauptungen der „Deutsche Tageszeitung“ sind damit allerdings noch nicht entkräftet. Hoffentlich tut's der zu erwartende Bericht.

Die Neuwahlen für den Landtag Schwarzburg-Rudolstadt sind auf den 7. September anberaumt worden. Durch diesen kurzen Termin sind alle Parteien

überrascht worden, am wenigsten allerdings die Sozialdemokraten, die nach der „Frankf. Ztg.“ auf dem am nächsten Sonntag stattfindenden Landesparteitag voraussichtlich in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen werden. Der letzte Landtag bestand aus 7 Sozialdemokraten, 4 Freisinnigen, 4 Agrarier und einem Nationalliberalen.

In den letzten Nachrichten über General Witbol wird bemerkt, daß er mit G. Reichlich versehen sei. Das würde, wie die „Deutsch-Schweizerische Ztg.“ dazu schreibt, damit im Einklang stehen, daß man zu Beginn des Aufstandes im Süden berechnete, daß bei den ermordeten Farmern etwa 20,000 Pfund Getreide oder 400,000 Mark in barrem Gelde vorgefunden und den Häusern als Beute angefallen sein mochten. Es war eine gute Geschäftzeit im Süden gewesen, man hatte viel Vieh verkauft. Die Büren, die ja ein großes Kontingent zu den Ermordeten gestellt hatten, pflegen, wie bekannt, ihr Geld immer bei sich zu behalten. Von einigen wußte man auch, daß sie gerade größere Zahlungen vorhätten, sobald für die damalige Schätzung eine Reihe sicherer Unterlagen vorhanden war.

Auf der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven sind Arbeiterentlassungen erfolgt, weil durch die Verwendung neuer Maschinen eine Anzahl Arbeiter entbehrlich wurde, für die anderweitige Beschäftigung jetzt und in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Von den 8000 Arbeitern sind insgesamt 200 jüngere unverheiratete entlassen.

Eine Kundgebung gegen die Fleischnot veranstaltete die Gemeindeverwaltung von Weissenhof, indem sie einen von den Sozialdemokraten ausgehenden Antrag annahm, beim Bundesrat um Aufhebung der Grenzsperrung für Schlachttiere vorstellig zu werden. Für den Antrag stimmten sämtliche Gemeindevertreter mit einer einzigen Ausnahme.

Die Könige besuchen sich nicht! Zur Monarchenentree kann die „Zool. Rundsch.“ melden: Gutem Vernehmen nach hat die Peilung vom Inzestverbot des Kaisers mit dem Könige von England, von der weder zwischen den Höfen, noch zwischen den Kabinetten die Rede gewesen war, nur die Bedeutung einer Rettungskante englischen Ursprungs. — Morgen wird's wieder anders lauten.

Blücker macht weiter. Am Donnerstag erhielt er seine Geldstrafe, am Freitag sprach er in Berlin. Als er seine öffentliche Versammlung abhalten wollte, mußte er die Erfahrung machen, daß er ohne die Berliner Saalbesitzer gerechnet hatte. Zunächst hatte der Wit der Germania-Festhalle Blücker mitgeteilt, daß er seinen Saal nicht wieder hergeben würde, wenn nochmals eine Versammlung aufgeführt würde. Der Graf versprach, sich zu widrigen. Behn Minuten nach Eröffnung der Versammlung war sie aufgelöst. Der Saal ist für Blücker jetzt nicht mehr zu haben. Die Tonhalle wurde dem Grafen nach der letzten Versammlung, die mit einer Schlägerei endete, verlobt. Und endlich der dritte der Säle, in denen Graf Blücker gewöhnlich seine „Vorlesungen“ gab, Kellers Festsaal, ist dem Grafen so gut wie verfallen. Herr Keller will nur dann noch die „Blücker-Garde“ beherbergen, wenn ihm vorher 500 Mark bezahlt werden. — Trotzdem wird Blücker noch Besuche genug bekommen und er soll sie auch haben.

Der Sonntagverkauf von Zeitungen etc. auf den Bahnhöfen. Am schönsten Antideutsch, also mit der unvermeidlichen Schwermüdigkeit des Stills, schreibt die „Berl. Korz.“: Nachdem in den letzten Jahren in den Kreisen der Beteiligten und auch in der Rechtsprechung eingehend die Frage erörtert ist, ob und inwiefern auf den Bahnhofsbuchhandel die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe und die Bestimmungen der Polizeiverordnungen über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertagsanwendung finden, wird es sich empfehlen, wie das Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung mittelst, in Zukunft den Verkauf von Zeitungen und anderen Druckschriften auf Bahnhöfen, insoweit er innerhalb der Bahnhofsverkehrsstationen, also im wesentlichen nur den Bedürfnissen des reisenden Publikums dient, als einen Teil des Gewerbebetriebes der Eisenbahnunternehmungen zu betrachten und deshalb den vorbezeichneten Vorschriften nicht zu unterstellen. Dieser Standpunkt wird sich um so eher rechtfertigen lassen, als der Minister der öffentlichen Arbeiten bereit ist, in Betrachtung der Wege darauf hinzuwirken, daß den im Bahnhofsbuchhandel beschäftigten Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern die im Gesetz vom 25. Juli 1896 vorgeschriebene Ruhezeit auch fern hin gewährt werden.

Dagegen haben auf den Bahnhofsbuchhandel außerhalb der Bahnhofsstationen auch in Zukunft lediglich die für den sonstigen Buchhandel geltenden Vorschriften über Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung Anwendung zu finden.

### Anland.

Ein Votum, das den König Oscar nicht mehr will. Bisher wurden in 443 Wahlbezirken 353,015 Stimmen für und 170 gegen die Auflösung der Union gezählt. Von 33 Kreisen fehlen die Angaben noch. Man nimmt an, daß im ganzen 860,000 bis 870,000 Stimmen abgegeben worden sind. Im ganzen haben etwa 80 Prozent der Stimmberechtigten gestimmt. Die Abstimmung zeigte eine beispiellose Einigkeit des Volkes. Wird die unabhängige Bestimmung zur Errichtung einer Republik reichen?

Eine Waise machte sich ein Spottspiel mit dem amerikanischen Präsidenten. Roosevelt erhielt unmittelbar bevor er seine Reise nach Wllesbore antrat, einen Drohbrief, man werde seinen Zug mit Dynamit in die Luft sprengen. Mit Rücksicht hierauf wurde die für die Nachtrabe des Präsidenten in Aussicht genommene Station beim Lick geändert und auch sonst die größte Vorsicht in allen Reiseabspeditionen beachtet.

Hungernot in Spanien. In Sevilla und Oshuna plündern zahlreiche Trupps Arbeiter in der Nacht die Gärten und Dörfer der Umgebung und stehlen Vieh. Mehr als 3000 Arbeiter greifen, durch die Hungernot getrieben, die Gärten und Höfe an und durchziehen, freilich verlangend, die Dörfer. Die Lage wird als sehr ernst aufgefaßt, da die Gendarmerie nicht im Stande ist, die Plünderungen und Unordnungen zu verhindern. Von blauen Vögeln wird das Volk nicht laßt.

So sieht es in einem der schönsten und fruchtbarsten Länder Europas aus. Und warum? Weil der größte Teil des spanischen Nationalvermögens sich im Besitze der „toten Hand“ befindet. Hunderte von Millionen an Wert besitz die Kirche, besitzen die Ritter, hunderte von Millionen, deren verbende Kraft ein ganzes Volk ernähren könnte, liegen tot, unproduktiv da. Möchte nicht der spanische Kern der Regierung die Mittel zur Verfügung stellen, um dem hungernden Volke Lohn und Brot zu verschaffen? Das spanische Volk seufzt unter dem Joch, das auf allen Händen lastet, in denen der Merkantilismus herrscht. Frankreich und Italien steigen der Welt, wie man es anfangen muß, sich dieser Herrschaft zu entledigen. Wann wird das unglückliche Spanien soweit sein?

### Arbeiterbewegung.

Die Steinbildhauer in Wiesbaden haben eine Bewegung zur Erringung der siebenstündigen Arbeitszeit begonnen. Außerdem werden noch gefordert ein Mindestlohn von 8 Mk. pro Tag, besserer Schutz vor der Witterung und verschließbare Räume für Kleider überall dort, wo mehr als zwei Gehilfen beschäftigt sind. Die Gehilfen wollten bei dieser Bewegung werkschaftsweise vorgehen.



Der sozialdemokratische Verein

gestern Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, um zu den Fragen Stellung zu nehmen, die auf dem diesjährigen Parteitage zu Jena zur Verhandlung kommen.

Der Eintritt in die diesbezüglichen Beratungen erstattete Genosse Heymann den Kassierbericht vom 2. Quartal. Danach betragen die Einnahmen 2017.80 Mark, die Ausgaben 2761.70 Mark. Unter den Einnahmen befinden sich 5995 Beiträge. Heymann bemerkte dazu, daß es sehr leicht möglich sei, die Zahl der Beiträge wesentlich zu erhöhen. Es müßte besonders Wert darauf gelegt werden, die Beiträge noch regelmäßiger einzunehmen.

Ueber die Tagesordnung des Parteitages sprach hierauf Genosse Schütz.

Neben den üblichen Berichten werde die Organisationsfrage wieder auf der Tagesordnung stehen. Außerdem dürfte nur die Debatte über den politischen Massenstreik und noch diejenige über die Massener einlaß Interesse erwecken. Ueber die letztere Frage dürfte eine Einigung vorläufig nicht erzielt werden, da die letzte Entscheidung ja bei dem nächsten internationalen Kongress liegt. Die Frage des Massenstreiks, die auch in Breslau ganz verschiedene Meinungen entlockt hat, Genosse Hebel hat das Referat übernommen, doch dürfte über die Frage eine sehr lebhafte und umfangreiche Debatte entstehen. Man müsse also die Tagesordnungsfrage genau prüfen und bei der Wahl der Delegierten darauf Rücksicht nehmen.

Hierauf bespricht Genosse Heymann das neue Organisationsstatut, wie es aus der zur Vorberatung eingeleiteten Kommission herausgekommen ist.

Auf unsere Parteiorganisation treffe das Wort von Kibitz an: Es ist alles schon bagatellos! Und wenn heute die zentralistische Organisation gefordert wird, dann hat auch diese ihr Vorbild in dem russischen allgemeinen Arbeiterverein, der eine straffe Zentralorganisation über ganz Deutschland darstellte. Auch die Parteifunktionäre waren schon früher da. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte beamtete Funktionäre, deren Funktion ungefähr dem entspricht, was wir heute von den Parteifunktionären verlangen. Unter dem Sozialistengesetz hat sich die Geheimorganisation gebildet, die im wesentlichen eine Vertrauensmänner-Organisation darstellte. Nach dem Fall des Ausnahmengesetzes haben sich die Vertrauensmännerorganisationen noch weiter geschloßen. Inzwischen aber habe sie sich aufgelöst und man müsse daran denken, eine straffere Organisation zu schaffen. Die Parteifunktionäre müßten mit einem Heere auf der gleichen Ebene stehen: Von der Korporalchaft aufwärts müßten alle einzelnen Teile in einander klappen. Der wichtigste Mann sei der Bezirksführer. Wenn der wichtigste sei, funktionieren der Apparat ganz gut. Auf dem Parteitag müssen die Grundgedanke der neuen Organisation festgelegt und deutlich ausgeprochen werden, daß die Vereinsorganisation die Grundtatsache bilde und daß man nicht wegen der wenigen Frauen, die in Hamburg organisiert sind, die übrige Parteiorganisation vernachlässige. Heymann empfiehlt zum Schluß folgenden von ihm und Hebel eingebrachten Antrag:

Die Breslauer Genossen beantragen: In dem Organisations-Statut ist genau auszusprechen, daß das Vertrauensmänner-System nur dort weiter bestehen soll, wo gesetzliche Hindernisse der Einführung der Vereinsorganisation im Wege stehen.

Genosse Otte weist auf die Gefahren des Alkohols für die arbeitende Bevölkerung hin und auf die Notwendigkeit, daß die Partei offiziell Stellung gegen den Alkohol nehme. Aus diesem Grunde stellt er in Gemeinschaft mit einer Anzahl anderer Genossen den Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Alkoholfrage gesetzt werde.

Genosse Hebel begrüßt den von ihm gestellten Antrag und meint, daß die Delegierten für die Anträge der Kommission stimmen könnten. Wenn dieselben auch nicht den vorläufigen Breslauer Wünschen voll entsprechen, so bestrebe doch ein weislicher Fortschritt und es sei ein Ueberanstreben. Sollten weitergehende Anträge gestellt werden, so könnten die Delegierten auch denen zustimmen, soweit sie den Breslauer Vorschlägen näher kommen.

Genosse Hebel erwidert sich in längeren Ausführungen gegen den Antrag Otte. So sehr er auch die Verhinderung des Alkohols wünsche und selbst betreibe, so wenig Erfolg verleihe er sich von einer Erörterung der Frage auf dem Parteitage. Wenn die Gründe gegen den Alkohol sonst gut und überzeugend sind, dann könne eine Parteitaatsresolution auch sehr wenig helfen, selbst wenn sie noch etwas stärker sei, wie die bereits in Bremen gefasste.

Genosse Widera kann die Ansicht Alberts nicht teilen. Gerade als Wauer habe er die Erfahrung gemacht, daß der Alkohol die Aufmerksamkeit unendlich erschwere. Der Parteitag könne nichts Besseres tun, als diese Frage gründlich zu diskutieren.

Genosse Heymann führt zu dem Antrag Otte aus, er, Heymann, sei auch totaler Abstinenz. Dennoch sei er nicht dafür, die Alkoholfrage auf dem Parteitage zu behandeln. Es müsse genügen, wenn man in privaten Kreisen für die Abstinenz satzere.

Genosse Otte meint, wenn man sage, daß der Alkohol ungeheure Verbrechen zeitige, so müsse auch dagegen etwas getan werden. Man habe den politischen Massenstreik auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt, weshalb könne das nicht auch mit der Alkoholfrage geschehen. Die Parteitage seien doch dazu da, das Proletariat kampffähiger zu machen. Die Behandlung der Alkoholfrage trage dazu bei.

Genosse Albert erwidert Widera, daß er absolut nicht der Meinung sei, in der bestrittenen Frage solle überhaupt nichts getan werden, sondern daß die Gewerkschaften und Parteien sich derselben annehmen müssen.

Genosse Hebel ist für den Antrag Otte und Genossen. Wenn man die Alkoholfrage auf dem Parteitage erörtert, wenn auch unsere Genossen in der Schweiz, Belgien usw. die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages setzten, dann könnten wir es auch tun.

Genosse Hebel erwidert sich für eine finanzielle Angelegenheit. Die Partei hat eine gewisse finanzielle Lage, die leider nicht die genügende Verbreitung fände. Vielleicht gestalte es die betreffenden Instanzen, daß die Parteilisten den Inhalt der Kinder-Beilage abdrucken dürften. Damit würde einem berechtigten Wunsche Rechnung getragen werden.

Genosse Hebel äußert sich zur Organisationsfrage. Er ist für projektuale Ausführung der Beiträge, da die Verhältnisse überall verschieden seien.

Genosse Hebel stellt den schon im Vorjahre dem Parteitag vorgelegten Antrag, daß

der Parteitag diesmal die Frage der Reform der Strafrechts und die Stellung der Sozialdemokratie dazu behandeln möge.

Die Frage, ob Schauer oder Schöffengerichte oder Berufsrichter sei eine Sache des Volkes. Der Parteitag wolle sich gegenüber der Klassenjustiz und den Klassenrichtern nachdrücklich erklären. Eine Agitation im großen Maße würde für unsere Partei bedeutenden Wert haben. Umso mehr, als unsere Programmforderung: „Nichtpolitisch, Nichtsymples durch vom Volk gewählte Richter“ sehr vernachlässigt werde. Die vernünftigen Vorschläge der Kommission zur Vereinfachung einer Strafrechtsreform seien durchaus angeht, eine große Agitation durch Flugblätter und Versammlungen zu entfalten.

Genosse Raugauer wünscht Agitation unter den Berufsrichtern. Damit ist die Debatte geschlossen.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge vom Verein angenommen.

Nachdem die Beschlüsse des Parteitages mit 2 Delegierten beschlossen worden, wurden nach längerer Debatte die Genossen Nober und Böbe zu Delegierten gewählt. Gleichzeitig wurde dem Vorschlage zugestimmt, daß im Falle der Behinderung eines der beiden Gewählten, der Genosse Kern, der die benachbarte größte Stimmenzahl erhalten hatte, als Ersatzmann eintreten solle.

Zum Mitglied der Agitationskommission wurde an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Genossen Böbe der Genosse Klüh gewählt.

Breslauer Fleischsteuerung.

Die freisinnige Presse ist dieser Tage überfüllt von Betrachtungen über die Fleischsteuerung und Fleischnot, die auf die agrarische Protektionspolitik zurückzuführen ist. Die freisinnige Presse hat aber kein Wort der Kritik übrig für den unerhörten Zustand, daß während dieser Fleischnot die freisinnige Breslauer Stadtverwaltung ungehörig die Schlachtleuer weiter erhebt, welche das an sich teure Fleisch noch mehr verteuert. Wie sehr das der Fall ist, geht aus den folgenden Angaben der „Nat. Kor.“ hervor. Danach betrug im Juli

Table with 5 columns: Fleischart, Breslau, Glatz, Glogau, Berlin, Posen. Rows include Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, and inländ. Speck.

Aus den Ziffern erhellt man, daß infolge der Fleischsteuer in Breslau die hiesigen Arbeiter in ganz außergewöhnlicher Weise überverteilt werden. Die Ernährung der Breslauer Arbeiterbevölkerung läßt an sich alles zu wünschen übrig. Durch die fiskalische Stadtsteuer auf alles eingeführte Fleisch wird die Ernährung der arbeitenden Klasse noch weiter herabgedrückt. Wenn die freisinnige Presse also etwas gegen die Fleischnot tun will, so soll sie die sofortige Suspendierung der Schlachtleuer durch ihre freisinnigen Gefinnungsgenossen im Magistrat fordern.

Ein Verfahren gegen Unbekannt ist das Resultat der bei uns mehrfach vorgenommenen Hausdurchsuchungen nach den Briefen, die an Herrn Chefredakteur Neise gerichtet waren und die das Zentrum arg bloßstellten. „Unbekannt“ soll die Briefe bei Herrn Neise gestohlen und der „Volkswacht“ übergeben haben; eine Vernehmung, die Genosse Böbe heute deshalb hatte, verlief ergebnislos.

Entschädigung von Arbeitern bei Arbeitsverfall infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten. Ein neuer Erlaß des Ministers Bubbe sagt: Nach der Bestimmung unter Ziffer 2 des Rund-Erlasses vom 6. Januar 1904 (Min.-Bl. 1904. S. 46) ist den Arbeitern bei Arbeitsverfall infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten, insbesondere der Wahrnehmung von Terminen als Zeuge oder Sachverständiger, der Lohn für die Dauer der notwendigen Abwesenheit weiter zu gewähren, die etwa für den Zeitverlust anderweit gewährte Entschädigung jedoch anzurechnen.

Zur Befreiung von Zweifeln, welche über den Einfluß dieser Vorschrift auf die Gewährung von Zeugen- und Sachverständigengehältern bei gerichtlichen Vernehmungen von Arbeitern entstanden sind, hat der Herr Justizminister in einem an sämtliche Justizbehörden gerichteten Erlaß vom 26. April d. J. (Just.-Min.-Bl. S. 132) darauf hingewiesen, daß den staatlichen Arbeitern, die von Justizbehörden als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden, die ihnen in dieser Eigenschaft zustehende Entschädigung für Zeitverlust nicht unter Berufung auf obige Vorschrift vorenthalten werden darf. Soweit demnach den Arbeitern bei gerichtlichen Vorladungen als Zeuge oder Sachverständige ein Anspruch auf die entsprechenden Gehälter zusteht, wozu auch die Entschädigung für den erlittenen Zeitverlust (Lohnausfall) rechnet, ist ihnen für die betreffende Arbeitsverfall kein Lohn zu gewähren.

„Nicht besetzt!“ Während der Reisezeit hört man auf den Bahnhöfen zuweilen diesen Ausruf, wenn Reisende nicht in ihrer Fahrkarte entsprechenden Wagenklasse Platz finden können und tatsächlich „alles besetzt“ ist. In solchem Falle ist es dem Reisenden zu empfehlen, von dem Schaffner zu verlangen, daß er ihm einen seiner Fahrkarte entsprechenden Platz anweise. Hierzu ist der Eisenbahnbedienstete nach § 17 Abs. 3 der deutschen Eisenbahn-Verkehrsordnung verpflichtet. Kann dem Reisenden aber wegen Ueberfüllung kein seiner Fahrkarte entsprechender Platz angewiesen oder ein Platz in einer höheren Klasse eingeräumt werden, so steht ihm, wenn er durchaus mitfahren will, nach § 14 Abs. 2 der E.-B.-O. frei, seine Fahrkarte gegen eine solche niedrigerer Klasse (zum Beispiel 2. gegen 3. Klasse) unter Rückempfangnahme des Preisunterschiedes amzutauschen, vorausgesetzt, daß in der niedrigeren Klasse ein Platz frei ist. Ist dies nicht der Fall, so bleibt dem Bedauernswerten freilich nichts weiter übrig, als von der Fahrt abzusehen und das Fahrgeld zurückzunehmen oder einen der später abgehendenzüge zu benutzen. Der Reisende ist aber keineswegs berechtigt, selbständig und ohne Anweisung der Beamten Platz in einer höheren Wagenklasse zu nehmen, als in der, die

seiner Fahrkarte entspricht, auch wenn dort ein Platz besetzt ist. Nimmt er dennoch ohne Anweisung in einer höheren Wagenklasse Platz, so macht er sich einer strafbaren Handlung schuldig.

Der Verband der Schmiede ist erst am Montag (Schluß) seine Mitglieder-Versammlung ab. Als Delegierter zur Konferenz in Leipzig wurde Kollege Penzert erwählt. Der selbe referierte hierauf über die Forderung der Breslauer Metallarbeitervereine. Die angedrohte Anstreichung dürfte wohl auch alle in Breslau vorhandenen Schmiede von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt haben. Es sollte nun, um so fleißiger zu arbeiten, um die Kollegen vollständig dem Verbande anzuschließen. Sodann mußte man sich wieder einmal mit dem Arbeitsnachweis beschäftigen. Immer noch gibt es Meister, die dem Arbeitsnachweis unangehen und dafür um Arbeitskräfte infizieren. Solche Infazate sollten von den Kollegen unbenutzt bleiben. Allerdings, wenn ein Meister in der stillen Zeit sich soweit als möglich seiner Gehilfen entledigt, kann er dann vom Arbeitsnachweis nicht genötigt werden, auf einmal Gehilfen zu erhalten. Dann ist er auch Anwärter angewiesen. Die Kollegen können daraus ersehen, welcher Art die „bewussten Stellungen“ sind, die ihnen in den Interziten der Meister winken. Wenn sie es vorgefunden, daß Meister zwar vom Arbeitsnachweis Gehilfen besorgen, aber sich hinterher weigerten, die Einstellungsgebühren von 25 Pfg. zu zahlen. Der Gehilfenanspruch wurde beantragt, in der Annahme zu verlangen, daß von dieser die Einstellungsgebühren eingezogen werden, sowie, daß in Zukunft jedes Interzieren von Meistern nach Arbeitskräften unterbleibt. Es wurde am Schluß noch auf die Unterichtsfrage des Humboldtvereins verwiesen. Insbesondere der Schluß, die, zum großen Teile vom Bande stammend, nur eine sehr ungenügende Schulbildung in den Elementarlehren erlangt haben, sei die Teilnahme an den Kurien zu empfehlen.

Ein hellerleuchteter Zirkon von gestern Abend etwa um 1/2 Uhr über unsere Stadt und erreichte das Interesse des Publikums auf Straßen und Plätzen. Beim ersten Anblick glaubte man fast allgemein einen Planeten zu sehen und dachte nach, welcher von diesen in einem so intensiven roten Licht strahle, bis man nach einiger Beobachtung an der Art der Bewegung erkannte, daß es sich nur um einen Zirkon handeln könne. Der Zirkon zog in etwa südlicher Richtung über die Stadt.

Von anderer Seite wurde die Erscheinung, die in sehr bedeutender Entfernungen vom Erdball sich befand, für ein Meteor angesehen. Der „Schl.“ Nr. 10 wird geschrieben:

Soeben konnte ich am Firmamente eine Richterscheitma — anscheinend ein Meteor — beobachten, die ich beim ersten Erblicken für einen am Osthorizont erscheinenden Planeten hielt. Nach längerer Beobachtung bemerkte ich jedoch, daß sich der Lichtpunkt vergeblich und mit bedeutender Geschwindigkeit die Richtung nach Westen nahm. Der Meteor erschien mir am höchsten, als er sich am Zenit befand. Beim Weiterziehen nach Westen verteilte sich die Erscheinung, um schließlich am Horizont — sekundärweise erscheinend, meinen Augen im Häusermeer zu entschwinden. Die Erscheinung konnte ich von etwa 8 Uhr 25 Min. bis 8 Uhr 37 Min. beobachten.

Mormißtes.

Ein enttäuschter Eindringling. Die Gattin eines Hausbesizers in der benachbarten kleinen Stadt Sangerford bei London lebte am Sonntag von einem Anschlag der Familie früher allein zurück. Sie schloß die Haustür auf und ließ die Straße hinauf, um sich in ihr Schlafzimmer zu begeben. Als sie dort die Tür öffnete, erwartete sie einen fremden Mann, eilig bemerkt, einen Kassenkontrollanten, in dem die Westfächer der Familie geboren waren, zu erblicken. Zum Glück war Frau Cottrell nicht bloß sechs Fuß hoch und eckig, sondern auch ein wenig über 100 Pfund schwer, sondern auch ein wenig über 100 Pfund schwer. Sie rückte dem Uebelthäter ohne weiteres am Felde, rief ihn beim Namen, hielt ihn fest, wozu ihn trotz wilden Sträubens die Treue hielten und in einem Raum hinein, aus dem er nicht entkommen konnte und wo sie ihn zunächst einsperrte. Das Telefon hatte Anschlag mit der örtlichen Polizeiaktion. Frau Cottrell besaß dann vor der Tür des eingeschloßenen Verlockers die Mäde, bis die Mörder kamen und den unwillkommenen Besucher abführten. Alles war durch das rechtzeitige Eintreffen der Frau und ihre Entschlossenheit glücklich avertiert.

Neueste Nachrichten. Die Friedensverhandlungen.

Offiziell wird bekannt gegeben: In der Montag-Vormittags-Sitzung wurde der erste Artikel erledigt. Die Bevollmächtigten stiegen sodann zur Beratung des zweiten Artikels über. Die Sitzung wurde um 1 Uhr geschlossen und um 3 Uhr wieder eröffnet. Der erste Artikel, welcher sich auf Korea bezieht, wurde nach dem Uebereinstimmen in der Kommissions-Sitzung nicht so gefaßt, wie ihn die Japaner vorgelegt hatten, sondern wurde abgeändert, um den Wünschen der Russen entgegenzukommen. Es ist jedoch nicht bekannt, wie weit die Abänderung geht.

Wie Saito offiziell mitteilt, wurden in der Nachmittags-Sitzung der Friedenskonferenz Artikel 2 und 3 besprochen und erledigt. Diese umfassen die Abänderung der Mandchurie durch Rußland, sowie dessen Verzicht auf alle Rechte, die es auf die Mandchurie hat, sowie die Abtretung der sibirischen Eisenbahn von Charkin an.

Die Sache geht flotter, als man dachte.

Ein schweres Bootsunfall auf der Donau. Die auf Bassau gemeldet wird, lagte bei einer Bootfahrt, die Sonntag früh von Bassau nach Regensburg unternahm, zwischen Bassau und Engelhartzell das Boot um. Vier der Insassen erkrankten, der fünfte liegt bewusstlos im Krankenhaus zu Engelhartzell. Die Namen der Verunglückten sind noch nicht festgestellt.

Ueber ein schweres Eisenbahnunglück wird aus Cleveland gemeldet: Ein Personenzug der New-York-Chicago-St. Routs-Eisenbahn stieß zwischen Portin und Vermillion mit einem Güterzug zusammen. Zwölf Personen wurden getötet und 25 verletzt.

Ertrunken. Der Arbeiter Schütz-Dubnen und sein 14-jähriger Sohn verwickelten sich beim Krabbenfischen in der Unterelbe in den Netzen. Beide ertranken.

Stetwig, 15. August. Der Hochverratsprozeß gegen den in Stetwig verhafteten Schmied Johann Wölfl ist am 14. d. M. vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen. Die Anklage lautet auf Hochverrat in elf Fällen, begangen durch Vornahme von Handlungen, welche die Völkervernichtung eines Teiles vom preussischen Staate bezweckten. Der Verurtheilte wird in dieser Woche nach Leipzig übergeführt werden.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: 14. u. 15. August, Nachm. 9 Uhr, Abends 9 Uhr, Morg. 7 Uhr. Rows include Luftwärme, Luftdruck, Dunstdruck, Luftfeuchtigkeit, Wind, and Wetter.







Zur Parteiorganisation.

Die Aussichten des neuen Organisationsstatuts bessern sich, wenn man nach den laut gewordenen Stimmen urteilen darf, ganz erheblich. Genosse Stadthagen, der vor und nach den Beratungen der Organisationskommission privatim und öffentlich seine lebhafteste Abneigung gegen die Zentralisationsbestrebungen kund gegeben hatte, ist urplötzlich zu einem eifrigen Anhänger des Entwurfs geworden und versichert in der „Neuen Zeit“, daß die Vorschläge der Organisationskommission sich „durchweg an das Mindestmaß dessen halten, was sich in der Praxis als notwendig herausgestellt hat.“

Eine ähnliche günstige Entwicklung macht die „Völpinger Volksztg.“ durch, die jetzt ebenfalls als warme Verteidigerin zentralistischer Vorschläge auftritt. Allerdings kommen dieselben aus Bremen, doch wurden sie vorher und in demselben Umfange von uns vertreten und mußte nur aufgegeben werden, weil eine kompakte Mehrheit sich ihnen gegenüberstellte. Die „Völp. Volksztg.“ schreibt zur Diskussion über das neue Parteistatut:

Je näher der Parteitag heranrückt, desto eifriger wird die Diskussion über den Organisationsentwurf; ein Beweis, welcher hohen Wert man dem Verfassungsgegenstand beimißt. Beängstigt man sich anfänglich mit der Kritik einzelner Bestimmungen, so haben sich jetzt Kritiker gefunden, die die ganze Anlage des Entwurfs bezweifeln. Sie machen, und zwar mit Recht, geltend, daß die Kommission zu sehr an den Status „hinaus“ geblieben sei. Eine nochmalige gründliche Kommissionsberatung der Vorschläge wird kaum zu erwarten sein. Vor allem hat aber die Praxis das eine gelehrt, daß mit der alten Organisationsform nicht mehr auszukommen ist, und daß die Ausbreitung und Macht der Partei wesentlich von ihrer Geschäftsfähigkeit abhängt. (Fast wörtlich in unsern Begründungsartikeln enthalten. Red. der „Völp.“)

Betrachtet man in Halle die alte Organisationsform als Ideal, um allen „Diktaturgefühlen“ der Fraktion und des Parteivorstandes vorzubeugen — darum breite sich nämlich damals ein großer Teil der Diskussion — so hat die Praxis inzwischen bewiesen, daß eine rings von Freunden umgebene politische Partei ein festgeschlossenes Gefüge sein muß. Das größte Hindernis, eine festgeschlossene zentralistische Form zu schaffen, bestand einmal in der Mannigfaltigkeit der partikularen Vereinszugehörigkeit, und schon in der Bestimmung des preussischen Vereinsgesetzes, die den Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, verbietet, miteinander in Verbindung zu treten. Die im Jahre 1890 geschaffene Organisation hatte das Kreisvertrauensmännerwesen zur Grundlage. So sorgfältig das Statut auch unter Beihilfe von Rechtskundigen ausgearbeitet war, verfiel der Minister Keller doch darauf, den Parteivorstand, die Berliner Freie, National- und Sozialkommissionen im November 1895 und ebenfalls politische Vereine zu erklären und sie auf Grund des Vereinsgesetzes unter Anklage stellen zu lassen. Die Parteigeschäfte wurden dann einige Monate von Hamburg aus erledigt, bis ein obliegendes Urteil über die unersprechliche Schließung erlassen war. Dieser Vorgang gab den Hauptanstoß dafür, daß die veralteten Bestimmungen des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes später gelassen sind. Im Juni 1896 erklärte der Reichskanzler Hohenlohe, daß, noch bevor das Preussische Vereinsgesetz in diesem Punkte aufgehoben werden würde, das Versprechen wurde allerdings erst am Ende des Jahres 1899 eingelöst. Damit war aber wenigstens die Bahn für die lettere Organisation frei gemacht. Der Parteitag in Mainz hat aber nur verhältnismäßig geringfügige Änderungen am Statut vorgenommen; so die, daß auch die Parteiorganisationen am Orte an Stelle der Vertrauensleute die Parteigeschäfte erledigen könnten, und daß, wer als Parteigenosse gelten will, die Partei dauernd materiel unterstützen müsse.

Daß diese Änderungen ungenügend waren, zeigten die folgenden Parteitage, die mit Anträgen zum Organisationsstatut förmlich überhäuft wurden.

Die hohen Anforderungen, die an die Organisationen der Partei gestellt werden, können sie unter dem jetzigen System nur unvollkommen erfüllen. Es handelt sich nicht darum, daß die Organisationen nur gute Wahlapparate sind, sondern darum, daß die Organisation selbst zu einem starken politischen Machtfaktor gestaltet wird. Hier beginnt nun die Schwierigkeit. Soll der Einfluß der Parteiorganisationen wachsen, so muß mit dem alten System gründlich aufgeräumt werden. Der jetzige Entwurf ist, wie selbst ein Kommissionsmitglied bemerkte, das Produkt eines Kompromisses zwischen den Genossen, die noch an

der alten Form hängen, und denen, die vorwärts wollen. Der Grundgedanke des Entwurfs ist eine straffere Organisation, aber der ganze Ballast des Vertrauensmännerwesens ist, wenn auch nur für Ausnahmefälle, beibehalten worden. Hier hat nun die Bremer Abgeordnetenversammlung eingegriffen, die überhaupt eine andere Anordnung des Statuts für das Statut verlangt. In was die diesen berechtigten Bestimmungen des Vertrauensmännerwesens, die nur für Ausnahmefälle zu gelten haben? Die sozialdemokratischen Kreisvereine haben nach dem Entwurf die Grundlage der Parteiorganisation. Ihnen liegt die Erledigung sämtlicher Parteiarbeiten ob. Da ist es allerdings richtig, was die Kritik sagt, daß dann auch diese Bestimmungen im Statut scharf hervorgehoben und nicht durch die vielen überwundenen Ausnahmestimmungen verdeckt werden dürfen. Von großer Wichtigkeit wäre jedenfalls, wenn es an Stelle des Satzes in § 8: die Vereinsstatuten dürfen mit dem Organisationsstatut nicht im Widerspruch stehen, heißen würde: die Vereinsstatuten müssen die Erledigung der Parteiarbeiten und die Provozierung der Parteiarbeiten vorsehen. Man werde nicht ein, daß sich das von selbst versteht, denn was in manchen Parteiverenigen zuweilen für eine Sorte Parteischulung getrieben wird, na!

Ein anderer Vorschlag der Bremer Abgeordneten, der auch schon von anderer Seite gemacht wurde, ist die Zusammenlegung des Parteitag; nämlich die Vertretung nach der Zahl der organisierten Parteigenossen. Ob man auf die Dauer um die Erfüllung dieser Forderung herumkommen wird, kann man mit Recht bezweifeln.

Ueber die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag ist in unserm Blatt mehrfach geschrieben worden, so daß es sich an dieser Stelle erübrigt, nochmals darauf einzugehen. Erwähnt mag nur werden, daß sich die Stimmen mehren, die nur eine Vertretung der Fraktion auf den Parteitagen auslassen wollen.

Einem anderen sehr angeregten Vorschlag hat der Parteisekretär von Frankfurt a. M., Genosse Dittmann, in einem Artikel im Hamburger Echo gemacht. Er schlägt vor, für die Organisationsabgrenzung nicht die Wahlkreise, sondern die wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete zur Grundlage der Kreisvereine und Bezirksverbände zu machen, wie sich ja auch die Parteibewegung auf dieser Basis entwickelt habe. Als Beispiel führt Genosse Dittmann Frankfurt an, wo der in Frankfurt eingemeindete Ort Rasteneim am hiesigen Wahlkreis gehört, ebenso ist es mit Krefen in Oldenburg usw., wo zu einer wirtschaftlichen Einheit gehörige Orte politisch auseinandergerissen sind.

Als ein großer Mangel im Entwurf muß das Fehlen jeglicher Festlegung der Beitragsleistung bezeichnet werden. Mit der Aenderung der Organisationsform ist noch sehr wenig getan, die Hauptsache ist der nervus rerum. Was jetzt die Mitglieder in den allermeisten politischen Vereinen für die Emarginalion der Arbeiterklasse mit ihren Beiträgen leisten, ist so gering, daß von einer Leistung eigentlich nicht gesprochen werden kann. Monatsbeiträge von 20 und 30 Pf. sind die Regel. Für Pfennige pro Woche für die politische Organisation! Hier muß im Statut unter allen Umständen ein Wochenbeitrag von 10 Pf. gefordert werden. (Wiederholter Vorschlag. Red. der „Volkswacht.“) Man komme nicht mit der schlechten Idee der ergebnislosen und schließlichen Weiber! Haben sich diese doch das glänzende Argument selbst verbeten. Die Kisten sind doch wohl vorüber, wo die Parteimitglieder das finanzielle Äquivalent der Partei zu bilden haben. Soll die Organisation der Partei ein politischer Faktor werden, so muß auch in der Beitragsleistung der Hebel angelegt werden. (Fast wörtlich in unsern Begründungsartikeln enthalten. Red. d. „Volkswacht.“)

Nach all den vielen Abänderungsvorschlägen werden der Parteivorstand und die Statutenkommission gut tun, das vorliegende Material noch einmal zu prüfen und schon aus Gründen der Preisparsamkeit dem Parteitage einen neuen Vorschlag zu unterbreiten.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Vorteile einer strafferen Zentralisation jetzt auch jenen Genossen einleuchten, die vor kurzem dieselben Vorschläge als „Reglement für den preussischen Kommib“ mitteilend beipöittelten und von oben herab über „vereinsgesellschaftliche Unkenntnis“ schmähten. So kann es kommen, daß man von Leuten mit unbeschreiblicher Unkenntnis noch etwas lernt. Das Gute kommt niemals zu spät.

Was den Vorschlag des Genossen Dittmann anbelangt, so ist bei der Gründung von Bezirks- und Landesvereinen ausdrücklich mit der Zusammenlegung politisch nicht zusammengehöriger Distrikte gerechnet worden. Wo sich das auch bei der Wahlkreisorganisation nötig macht, können solche Ausnahmen zugelassen werden, ohne daß im Statut deshalb besondere Bestimmungen notwendig wären. Für den festen Beitrag ist von uns und andern schon mit Engeldzungen ge-

rebet worden, leider bisher ohne Erfolg. Sollte der Wunsch jetzt doch noch gelingen, niemand würde freudiger zustimmen als wir. Das gleiche gilt für Dittmanns Wünsche in Bezug auf die Parteisekretäre.

Der Wunsch, die Kommission vor dem Parteitag noch einmal zusammenzubekommen, wurde bereits früher von Bremen aus erhoben. Da der Parteivorstand als einzig zuständige Instanz für die Einberufung bisher die Gründe dafür nicht dringend genug fand, dürfte es auch jetzt wohl nicht dazu kommen. Oder soll die alte Kommission in Jena noch einmal tagen?

Die Handwerkerschlacht um den Befähigungsnachweis

vollzog sich bedeutend dramatischer, als die ersten Nachrichten vermuten ließen. Dieselben gewinnen dadurch an Bedeutung, daß ein Vertreter des Ministeriums, Regierungsrat v. Seefeld, sich lebhaft an der Debatte beteiligte. Wir lassen hier einige Momente als Stimmungsbilder aus dem versinkenden Mittelstande folgen.

Der Regierungsvertreter von Seefeld hat an:

„Er sei hierhergekommen in der Meinung, daß der Kampf sich gegen drei Seiten richten werde, gegen die akademisch gebildeten Handwerkskammersekretäre, gegen die Geheimräte in Zivil und gegen die freiwilligen Regierungskommissare. Er gehöre eigentlich in allen drei Kategorien und spreche für die letzteren, da er seinen Vorgesetzten direkt geboten habe, ihn nach Köln zu entsenden, um hier seine abweichende Meinung zum Ausdruck bringen zu können. Resolutionen sind für die Staatsregierung keine Gründe. Es mag dieser oder jener meinen, daß, wenn der Handwerkskammersekretär mit großer Majorität einen Beschluß faßt, es nun auch Pflicht und Schicklichkeit der Regierung sei, diesen ausführen zu lassen. So liegt die Sache nicht. Solche Beschlüsse werden sorgfältig geprüft, ob sie nützlich, durchführbar und dem Gemeinwohl zuträglich sind. Ich habe mich jahrelang mit Handwerkerfragen beschäftigt und bin zu einem überzeugten Gegner des Befähigungsnachweises geworden. (Lacht, lächelt.) Umgehe und Provoziere.) Mit dem Befähigungsnachweis werden die Handwerker nicht gehalten. Den Männern, die den Befähigungsnachweis befechteten, deren ethischer Ueberzeugung ich volle Anerkennung zolle, muß ich sagen, sie haben es sich mit der Wiedereingliederung der Einwandlungen gegen den Befähigungsnachweis sehr leicht gemacht. Der wichtigste Einwand ist doch der, wie die Abgrenzung der Handwerke vorgenommen werden soll. Ich habe die Reden des Abgeordneten Euler und anderer Abgeordneter auf Jahre juristisch verfolgt und da viel Kluge Worte von Nutzen für Ehren und Älter usw. gelesen, aber von der Abgrenzung der Handwerke keine Ahnung. In der Handwerkskammer werden die Streitigkeiten, aber der Befähigungsnachweise schließt eine Fülle von Streitigkeiten in sich, die in die verschiedenen Handwerkskreise treten und ein einmütiges Zusammenwirken in der Zukunft erschweren würden. (Sehr ruhig.) Wen trifft denn der Befähigungsnachweis? Der Schlichtermeister kann sich vielleicht einen neben ihm wohnenden Kleinhändler vom Leibe halten und diesen ruinieren. Der große Schuhwarenbesitzer an der nächsten Ecke fällt aber nicht unter den Befähigungsnachweis. Dort verkaufen feine und feine junge Damen neben den Schuhen auch noch ein paar Perlen, einen Topf mit Schuherem, eventuell mich dem Kunden auch noch die neueste Patentbrille aufgedrängt. (Lächelt.) Dieser Faktor mit dem Kleinhändler wird durch den Befähigungsnachweis nicht berührt. Es ist gesagt worden, es drängen jetzt so viele schlechte Elemente zum Handwerk, so daß unser Handwerk nicht mehr mit Ehren bestehen kann. Wie kann man das behaupten nach dem glänzenden Siege unseres Handwerks in St. Louis, der unbestritten ist? (Pfeifend.) Nur 3/4 v. H. der Handwerksmeister haben keine ordnungsmäßige Lehrgänge durchgemacht. Da kann man nicht von der Proletarisierung des Handwerks reden. Man soll sich bitten, dem Handwerk helfen anzulegen, damit die Fabrik besser konkurrieren kann. Finden Sie sich ehrlich ab mit der Gewerkschaft und lassen Sie von dem Glauben, daß die Zukunft dem gehört, der staatlich abgestimmt ist, durch den Befähigungsnachweis, sondern richten Sie Ihren Sinn dahin, daß der Erfolg nur dem gehört, der tüchtig ist. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.)

Nachtrag: Abgeordneter Euler-Pensberg: Seines Erachtens sei Deutschland, ebensoviele wie es reif sei für eine unbeschränkte Handelsfreiheit, auch nicht reif für eine zügellose Ge-

Aus aller Welt.

Eine verzweifelte Mutter, die sich Franz Schöder aus Rixdorf bei Berlin nannte, kam mit ihrer zehn Monate alten Tochter in die Charite und bat um Aufnahme des Kindes, weil es an Lungenentzündung leide. Die Station war aber besetzt und die Aufnahme ward verweigert. Die abgewiesene Mutter ging fort, kam aber noch kurzer Zeit nach der Kinderstation zurück, legte das Kind auf einen Tisch und überschwand. Jetzt blieb nichts anderes übrig, als ein Bett einzuschleppen und das Kind zu behalten. — Merkwürdig bleibt, daß es schließlich doch möglich war, das kleine kranke Kind unterzubringen. Gegen die Mutter wird aber nun wahrscheinlich ein Verfahren wegen „Kindesauslegung“ eingeleitet werden — von Rechts wegen! Daß die Mutter aus Verzweiflung gehandelt hat, geniert die „Christliche“ Weltordnung weiter nicht.

Ein Opfer der ungeschickten Sensenschneide wurde in dem Kreisborte Lieberburg ein Barbierlehrling. Er kam mit dem Rade von einer Geschäftsreise zurück. Als er im Dorfe mehreren vom Rade heimkehrenden Frauen das Klingelzeichen gab, drehte sich eine die Seite über der Schmitz tragende Frau in dem Augenblicke um, als der Radfahrer vorbeifuhr. Die Sense brang dabei dem Radfahrer in den Hals. Als er darauf vom Rade herab, fiel er noch in die Sense und verletzte sich auch noch Kopf und Hände erheblich. Der Verletzte liegt in der elterlichen Wohnung hoffnungslos darnieder.

Vom Automobil. Bei der Weltfahrt um den Herkomerpreis verunglückte bei Oberlahmheim (Wlm) der Wagen des Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Hoffa aus Berlin. Hoffa blieb gänzlich unverletzt, während der Chauffeur einen Armbruch erlitt. — Die „Märkische Allgemeine Zeitung“ meldet aus Blaubeuren: Von der Oberleitung der Automobil-Touristenfahrt wird mitgeteilt, daß ein Wagen sich überschlagen hat, wodurch zwei Personen schwer verletzt wurden.

Eisenbahnunglück. Bei dem Umstürzen von Personenwagen des Bundes 1273 bei Holzkirchen wurden durch Versehen die drei direkten Wagen nach Schleier auf einen abbremsen, im vierten Gleis stehenden Wagon aufgeschoben. Hierdurch wurden sieben Reisende verletzt, davon zwei anscheinend schwer.

befindliche Mannschaft von sieben Mann ist ebenfalls gerettet.

Der Student als Einbrecher. In Göttingen wurde der Student der Mathematik Paul Seide aus Hannover bei Begehung eines schweren Einbruches bei einem alten Herrn seiner Verbindung, dem Professor Martin, betrogen und verhaftet.

Ein seltsamer Fall. Der Leutnant v. Blumenhau vom 13. Infanterie-Regiment in Diedenhofen ist aus Gram über den Tod seines Vaters irrsinnig geworden. Der Vorschein des Leutnants war, als er die Wölfe durchreiten wollte, mit seinem Pferde in eine Untiefe geraten und in Gegenwart des Offiziers ertrunken. Diesen Unglücksfall hat sich der Offizier darauf zu Herzen genommen, daß sein geistiger Zustand darunter litt. Der bedauerndste Offizier mußte einer Heilanstalt überwiesen werden.

Ein trauriger Scherz. Auf dem von Petrosens nach Popeny (Budapest) abgeleiteten Personenzug entstand dadurch ein Feuer, daß eine mit Spiritus gefüllte Flasche zerbrach und die ausgetretene Flüssigkeit schmerzhaft angezündet wurde. Das Feuer griff rasch um sich. Eine Dienstmagd, die die Spiritusflasche mit sich geführt hatte, sprang aus dem zehrenden Zuge und blieb auf der Stelle tot liegen. Zwei Reisende wurden schwerer, mehrere leicht verletzt. Ein Wagon ist verbrannt, ein anderer wurde beschädigt. Der Materialschaden beträgt 50.000 Kronen. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Eine Subskriptionsliste. In Berlin auf dem Spittelmarkt befindet sich ein alter Subskriptionskeller. Die Spittelkarte, die mit Tinte auf Papier geschrieben und hierzuhand an die Kellerthür geklebt worden ist, enthält eine ganze Reihe von Gerichten. Man bekommt da unter anderem: „Suppe und frische Polirion.“ Schokoladebuden mit Karloffeln. Gibeln mit dicke Erben. Beletten und Werkstoff. An Getränken gibt es: „Weiß- und Weirich Bier, Kognak, Kaffe und Milch.“ Auf dem heißt es auf der Karte: „Frankreichs Pilsgrat. Sembrliche Zeitungen gratis.“ Links und rechts von der Türe befinden sich Schilder, auf denen, wie das früher bei Berliner Subskriptionskellern allgemein üblich war, von der Hand eines fahrenden Künstlers die Speisen und Getränke in Gestalt eines freundlichen Stilllebens abgebildet worden sind.

„Der“ und „Fremden“. Das Dienstmädchen des Dr. Kirchhof, der bei der Kaligewerkschaft Einigkeit bei Hallersleben angestellt ist, hatte den Herrn auf Vorkündigung verurteilt wegen unehrenhafter Entlassung. Auf die Vorladung des Schiedsrichters zum Termin schrieb Dr. Kirchhof, wie der „Volkswille“ berichtet, diesen Brief:

Gewerkschaft Einigkeit. Schmen b. Hallersleben, 7. 6. 05. Herrn Herrn. Schmidt, Schiedsrichter! Ihrer Aufforderung, heute um 12 Uhr bei Ihnen zu erscheinen brauche ich wohl nicht mehr, d. h. da die... (folgt der Name

des Dienstmädchens) nicht mehr in Hallersleben anständig ist — sie wurde von mir am Montag herangezogen —, nicht mehr nach-

zukommen. Es würde mich interessieren, zu erfahren, wann das Frauenzimmer bei Ihnen war, da ich ihr ausdrücklich befohlen hatte, keinen Schritt aus dem Hause zu tun ohne meine Erlaubnis. Schreiben Sie mir bitte hinunter und teilen Sie mir auch mit, was das Best von mir wollte.

Schönen Dank im voraus. Hochachtungsvoll Dr. Kirchhof.

Ob sich der Dr. Kirchhof sein schlechtes Deutsch und seine rätselhaften Manieren auf der Universität angewöhnt hat, wollen wir dahingestellt sein lassen. Gut wäre ihm jedenfalls ein gewisses Buch: Kütiage Umgang mit Menschen, damit er seine Leute nicht als Vorklaven, Gefangene oder „Beste“ betrachtet.

Tänztänze im Wirtshaus. Eine bemerkenswerte Befähigung hat die Kreisbehörde des Kreises Gladbach erlassen: sie hat den Weinbauern aus Kreuze unterstellt, mit den Tausenden Wirtshäuser zu besuchen. Am Niederrhein besteht leider diese Unflut in sehr ausgebreitetem Maße. Es ist dort Brauch, daß ein neugeborenes Kind in den ersten Lebenstagen von der Hebamme nach der Kirche zur Taufe getragen wird, wobei der Vater und die Vater mitgehen. Nach der Taufe werden dann oft zur Feier des Ereignisses Wirtshäuser besucht, der Säugling wird auch hier mitgenommen. Es kommt daher vielfach vor, daß die ganze Taufgesellschaft erst nach mehrstündigem Aufenthalt in den Wirtshäusern angetrunken nach Hause kommt. Es ist schon passiert, daß der Säugling auf einer Wirtshausbank zu ruckel gelassen wurde, und daß erst zu Hause das Fehlen des Kindes entdeckt worden ist.

Literatur.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 16. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Das dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die saure Gurke von 1905“ und „Zur Friedensverhandlung in Washington“, sowie die Illustrationen „Reim Spielzeug“, „Aus der Zeit“, „Friedlicher Wettbewerb in Marokko“, „Entmündigt“, „Angewandter Darwinismus“, „In der Marktschneise“, „Staatsdienst“, „Der Herr Hauptmann“, „Aus Hans G. Jentschs „Ein neuer Totentanz“, „Der Jar verleiht eine Verfassung“, „Ein Arbeitslocher“ und „Zeitgemäß“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Licht“, „An die Norweger“, „Für Russland“, „Schreit aus!“ von Kurt Holm, „Die Philister“ von Erich Mühsam und ander zahlreicher anderer Beiträge noch die großen Feuilletons „Aus der Konstanzer Chronik“ und „Haben und drüben“ von W. Schulte von Brühl. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.



Verkehrtheit. (Beifall und Widerspruch.) Er protestierte vor allem gegen die Entscheidung der Herren Abgeordneten, die sich durch die Herren Abgeordneten, die sich durch die Herren Abgeordneten...

Schneider-Obermeister Müller-Darmstadt behauptete, die Rede des Regierungsberichtes laufe nur darauf hinaus, die Handwerker dauernd zu sozusagen des Kapitals zu machen. Unter Beifall und Unruhe führte er aus, Geheimrat von Seele habe alle Kamellen angeführt.

So mochte die Debatte hin und her, bis schließlich trotz allen Geschreies der Rückwärtler die Richtung der Fortschrittlichen doch siegte und der Befähigungsnachweis mit 48 gegen 25 Stimmen fiel.

**Aus Rußland.**

**Die Friedensverhandlungen.**

Die Stimmung ist jetzt allgemein etwas hoffnungsvoller. Den Hauptgrund hierzu bildet die Vermutung, daß Japan entweder bereit sein würde, in den Fragen betreffend die Kriegserklärung und die Abtretung von Sachalin nachzugeben, oder man glaubt, daß ein Weg gefunden werde, die Einwendungen Rußlands zu widerlegen, sobald es zur endgültigen Entscheidung kommt.

Die japanischen Diplomaten haben also von den Russen im Punkte Verzichtleistung schon etwas gelernt. Am Sonnabend

**Sand zwischen Witte und Komura eine lebhaft Unterredung über die Offenheit der Verhandlungen statt.**

Witte verlangte größte Offenheit, damit auch den Mächten Gelegenheit gegeben werde, ebenfalls auf beiden Seiten ihren möglichen Einfluß auszuüben. Komura wehrte sich dagegen und wünschte auch noch aus unbefannten Gründen Probatorium absoluten Stillstehens. Die russische Antwort auf die japanische Erklärung läßt erkennen, daß die Russen dem Japaner baldwern Entgegenkommen wünschen, wenn dies möglich ist. Eine oder zwei von den Russen ohne weiteres gemachte Konzessionen haben die Japaner ausgedehnt überlassen.

**Die Stenographen-Sitzung war ausschließlich der künftigen politischen Stellung Koreas, nämlich der Frage der Grenzfestlegungen, gewidmet, wobei die Japaner Konzessionen gemacht haben sollen.**

General Dzewitsch telegraphierte unter dem 10. August: Die Japaner, die am 11. August die Offensiv gegen das Defilee Handbin (im Osten) aufgenommen hatten, wurden Abends durch die russischen Truppen, ohne das Defilee zu erreichen, gestoppt. Gestern früh brachten wir ein erneutes Vorgehen der Japaner längs der Mandarinenstraße und westlich derselben und aufwärts der Fikschaha. Die Japaner, welche in den ersten Heber Nishitane vorzogen, erreichten das Defilee am südlichen Ende des Tales von Schibhono, wurden aber um 11 Uhr Vormittags zurückgeschlagen. Diejenigen, die westlich der Fikschaha vorzogen, wurden schon gegen 10 Uhr Vormittags zurückgedrückt und zogen sich, von Kosaten verfolgt, auf ihre Stellungen zurück.

**Opfer des Feuers.**

In dem Prozesse gegen 48 Matrosen des Lehrschißes „Bruth“ vom Schwarzen Meere, wurden 15 Angeklagte freigesprochen, 4 zum Tode durch Erschießen, 8 zu freier Haft, 21 zu lebenslänglicher Strafe verurteilt. Das Kriegsgericht beschloß, Militärstrafe einzulegen, daß die Todesstrafe durch kostenlose Zwangsarbeit und letztere für 2 Angeklagte durch 10jährige Zwangsarbeit ersetzt werde.

**Neuer als Waffe gegen Juden.**

Die „Gowaja Sotnja“, die Organisation zur Veranlassung von Judenverfolgungen, hat in der arößtenteils von Juden bewohnten Stadt Wiala bei Warschau eine große Feuerbrunst veranlaßt, welcher zehn von Christen und vierzig von Juden bewohnte Häuser zum Opfer fielen. Durch die Feuerbrunst sind ca. 400 Juden und 40 Christen obdachlos geworden.

**Die Vorgänge in Nishni-Nowgorod.**

Ueber die Unruhen, die sich am 22. Juli, dem halbjährigen Gedenktag des blutigen Sonntags, in Nishni-Nowgorod abgespielt haben, sind vollkommen entstellte Berichte von den russischen Behörden an die Öffentlichkeit gebracht worden. Von wohlinformierter Seite geht uns jetzt folgende Darstellung aus:

Am 22. Juli stellten zu Nishni-Nowgorod die großen Fabriken die Arbeit ein, ebenso schlossen viele kleinere Geschäfte und Läden. Außerhalb der Stadt, beim „Volkshaus“, fanden drei kleinere Meetings statt, auf denen die Reden, die das Gedächtnis der Februarrevolution feierten, gehalten wurden. Mittags vorher und am 22. Juli waren von der Polizei und dem „Schwarzen Hundert“ Gerüchte verbreitet worden, nach denen die Sozialisten Gewalttaten und Plünderungen beabsichtigten. Das „Schwarze Hundert“ hatte sich gleichzeitig organisiert, „Polizei“, „Kuhstrolche“ und „Gefährliche“ waren in den Plan eingeweiht worden und erhielten nach sicheren Angaben von Anzeigern, von der Polizei Geld, auch wurden sie in bestimmten Schulen von den Schankwirten unentgeltlich mit Schnaps bewirtet.

So kam die Menge gegen die Arbeiter und die Intelligenz am 23. und 24. Juli zu stande. Gegen 5 Uhr am Nachmittag des 23. Juli versammelten sich im „Volkshaus“ nicht sehr zahlreiche Leute zu einem Meeting. Bald darauf erschienen Individuen vom „Schwarzen Hundert“, Kosaken und Polizei. Während die Polizei und die Kosaken die Arbeiter auseinanderzutreiben begannen, stritten sich die Hooligans mit Knütteln auf die wehrlosen Arbeiter und es begann eine blutige Schlägerei. Die Hooligans führten sich auf jeden, der einen Hut, eine Wäsche oder mit einer Arbeitstasche besetzt war. Die halbtote Geschlagene blieben auf den Straßen liegen, hernach wurden sie in die Polizeistation und Gefängnisse geschleppt. Niemand von den Bösewichtern wurde verhaftet.

Hierauf wandte sich das „Schwarze Hundert“ anderen Straßen an, rief die Hausfrauen auf und rief: „Haut die Juden!“ Vor dem Polizeigebäude rief die Menge „Hurra“ und hier, vor den Augen der Polizei, wurden zufällig vorübergehende Arbeiter und Intelligenz überfallen und mißhandelt. Am Tage darauf wurde die Menge fortgesetzt.

Die Zahl der Toten beläuft sich auf etwa 10, schwerverwundet wurden 18 Mann, die dem Tode nahe, im Gouvernementslazarett liegen, Leichtverwundete gab es eine sehr große Zahl.

Am 24. Juli fand die Beerdigung zweier Getöteter statt. Eine über 10,000 Köpfe zählende Menge gab den Unglücklichen das letzte Geleit. Jetzt war weder Polizei noch Militär zu sehen, auch das „Schwarze Hundert“ mochte angesichts einer solchen Menge keinen Angriff. Die Beisetzung war sehr feierlich. An den Gräbern wurden einem halben Tag lang Reden gehalten, die viele zu Tränen rührten.

**Entdeckte Verschwörung.**

Die Polizei in Tiflis entdeckte in einem Gasthaus ein Verschwörungskomitee und verhaftete die Kammeranten. Bei den Verschwörern wurde ein Gruppenbild der Mitglieder der Konferenz über die Einführung der Semstwo im Kaukasus, ein Porträt des Polizeichefs Schirafan, sowie ein von der Kampforganisation der Partei der Sozialrevolutionäre unterzeichnetes Todesurteil Schirafans gefunden. Im Ofen lagen sieben große und mittlere Bomben vom sogenannten mazedonischen Typus, von denen zwei geladen waren mit dynamit.

**Partei-Angelegenheiten.**

Die Sozialdemokraten Ungarns veranstalteten am Sonntag Nachmittag eine Demonstrationssammlung und später eine große Volksversammlung zugunsten des allgemeinen geheimen Wahlrechts. Etwa 40,000 Personen nahmen daran teil, darunter Vertreter aus 171 Fabriken.

Der Vorsitzende, Dr. Goldner, eröffnete die Versammlung mit einer Rede, in der er den Zweck der heutigen Versammlung darlegte. Genosse Tokanvi ergriff sodann das Wort.

Er forderte sich gegen die Koalition, indem er daran hängte, daß dies ihre frühere größten Beschäfte teils ganz abblenke, teils in Form und Wesen verändere. Wir brauchen, erklärte der Redner, nicht das ungarische Kommando, sondern eine unabhängige ungarische Polizei, und zwar in erster Reihe das allgemeine, geheime Wahlrecht. Wenn wir dies haben werden und es dem arbeitenden Volke möglich sein wird, nach seiner Ueberzeugung abzuzählen ins Parlament zu entsenden, um das Wohl des Volkes zu streben, dann wird jeder Sohn unseres Vaterlandes glücklicher sein als durch die allelose Forderung nach Einführung der ungarischen Kommandosprache im Heere. Die Frage des ungarischen Kommandos, fuhr Redner fort, sei nicht als Streitigkeit. Sätze die Koalition lieber die zweifelhafte Dienstzeit und die Reform der Militärgerichtsbarkeit fordert, dann hätte das Parlament schon längst arbeiten können. Es scheint aber, daß die Koalition nicht ernst arbeiten wolle. Mit dem ungarischen Kommando allein kann man das Vaterland nicht glücklich machen. Wenn schon das Land durch den lang andauernden allelosen parlamentarischen Kampf zu Grunde gerichtet ist, möge die Koalition in ihr Programm das allgemeine, geheime Wahlrecht aufnehmen, als ein Mittel, das Wohl des Volkes und des Vaterlandes herbeiführen. Die russische Partei, sagte der Redner, die hierfür eintritt, kann jederzeit auf unsere Unterstützung rechnen; diejenige Partei aber, die dagegen ist, werden wir vernichten.

Die Versammlung nahm hierauf eine Resolution an, in der es u. a. heißt: Die Versammlung erklärt, daß die von der koalitierten Linken am 10. d. gefasste Resolution, welche gegen das allgemeine, geheime Wahlrecht offiziell verlobt wurde, nichts anderes sei als ein politischer Selbstbetrug. Die Versammlung betrachtet jede politische Partei, welche der Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts in welcher Weise immer entgegensteht, als ihren Feind. Die Resolution erklärt schließlich, daß jede Regierung, die ohne das allgemeine, geheime Wahlrecht regieren wolle, darauf gefaßt sein müsse, nur mit aufgestautem Bajonett und ausgereiteter Militärmacht zu thun über ein Volk, das auch angesichts dieser Schredensherrschafft mit entblühter Brust weiterkämpfen wird, so lange nicht das allgemeine, geheime Wahlrecht im Gesetz inkorporiert ist.

Auch in zahlreichen anderen Orten des Landes fanden Sonntag sozialistische Versammlungen mit der gleichen Tagesordnung statt.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 15. August.

**Zum Gewerkschaftshaus-Projekt.**

Bei der Kommission für Erbauung des neuen Gewerkschaftshauses sind von den seitens der hiesigen Gewerkschaften bewilligten Beträgen als erste Raten eingezahlt worden:

Schneider	100.—
Steiniger	100.—
Blaser	30.—
Böttcher	50.—
Kühner	50.—
Schiffszimmerer	200.—
La arbeiter	100.—
Bühnenarbeiter	25.—
Bäder	50.—
Schiffsmaschinen und Heizer	50.—
Agaxenfortierer und Maschinenarbeiter	100.—
Sattler	50.—
Lobesierer	100.—
Buchbinder	100.—
Schuhmacher	50.—
Rufschmiede	50.—
Rithographen und Steinrunder	150.—
Dachdecker	50.—
Steinarbeiter	50.—
Stoffleure	100.—
Maler	200.—
Außerdem gingen ein von Palmstraße	10.—
Gesammelt von R. bei einer Hochzeit	1.55
Roter Schuster	—20
Kranzüberlauf der „Volkswacht“-Kolporteur	5.35
Gesammelt v. Dreß. d. Kennauchen Masch.-Fabr.	2.90
Reichel bei Abreise von Breslau	—50
Reisüberlauf der Bauhilfsarb., Bz. Oslawtor	10.—
Für Referat bei den Böttchern	2.—

Jul. 1797 50 Mt.

Kerner haben meist schriftlich, teils vorläufig mündlich, Bewilligungen erklärt die Verbände der Barbier und Friseur, Bildhauer, Brauer, Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter, Fabrikarbeiter, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Gemeindearbeiter, Graveure und Ziseleure, Handlungsgehilfen, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Putzmacher, Konditoren, Leberarbeiter, Maschinisten und Heizer (Stationär), Müller, Porzellanarbeiter, Schmiede, Töpfer, Bergolber, Zimmerer und der Sozialdemokratische Verein. Die meisten hiervon noch ausstehenden schriftlichen Bestätigungen werden künftighin bald erbeten. Es stehen noch aus die Bewilligungen der Bauhilfsarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Maurer, Metallarbeiter, Schirmmacher, Textilarbeiter.

**Die Gewerkschaftshaus-Kommission.**

\* Vor Zuzug nach Dänemark werden die schlesischen Textilarbeiter gewarnt! Die dortigen Fabrikanten haben den Versuch gemacht, die geringen Löhne der Textilarbeiter noch weiter herabzusetzen. Dieser Versuch ist mit Lohnforderungen beantwortet worden. Jetzt wollen die Fabrikanten Arbeitskräfte in Schlesien anwerben. Die dänischen Genossen ersuchen dringend darum, daß sich kein deutscher Arbeiter hergibt, ihnen in den Rücken zu fallen.

\* Die Buchbinder hielten Sonnabend ihre Mitglieder-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ ab. An Stelle des verhinderten Referenten Blotke-Kost sprach Genosse Otte in würdevoller Weise über die Schicksale des Altkolb. Dem Vortrag folgte eine äußerst rege Debatte. Abgemacht wurde beschlossen, für Schlesien und Polen einen Zentral-Arbeits-Nachweis zu errichten und die Leitung dem Vorsitzenden der Buchbinder, Genossen R. Albert, zu übertragen. Das Stimmungs-fest soll am 11. November im „Gewerkschaftshaus“ stattfinden.

\* Selbstmordversuch. Am 14. d. M. Vormittags brach auf dem Bachplatz ein Arbeiter benimmungslos zusammen, nachdem er aus einer Flasche Branntwein mit vergiftetem Weizen getrunken hatte. Der Mann wurde in das Allerheiligenhospital gefahren.

\* Verirrt angetroffen wurde am 12. d. M. Nachmittags auf dem Königsplatz ein drei Jahre alter Knabe, welcher dem Hyl für Obdachlose zugestribt wurde.

\* Mit Beschlag belegt wurde ein falsches Einmorkstüd, welches in einem Wurfgeschloß auf der Ostauerstraße in Zahlung gegeben worden war.

\* Bräube. In einem Laden Bismarckstraße 25 gerieten am 12. d. M. Vormittags mehrere Tafeln Wette, Kartons mit Papier in Brand. — Am 13. d. M. Nachmittags ging hinter dem Wajgaur



des Eisenbahnverkehrs ein Stück des Verkehrs in Flammen auf-  
zuleuchten wurde mit einem Eisen Wasser.

**Ein Fein anreißer.** In der letzten Zeit, in der oft  
hässliche Schätze von den Dichtern fallen, ist die vorstehende  
Wahrung wohl angebracht. Der unerbittlichste harte Säure-  
gehalt der durchweg unerschrocken und halbwegs bestrahlt die  
Verbanung in abnormer Weise und greift die Schilddrüse des  
Magens so stark an, daß Schilddrüsenstörungen unabweisbar sind.  
Daher ist es auch vorsehensvoll, das Salz, das viel schädlich  
ist, zur Desinfektion zu verwenden. Wohl aber kann das  
Salz auch für andere Zwecke sehr gut ausgenutzt werden,  
wenn man es bei nicht zu starkem Feuer 3 bis 4 Mal aufkocht,  
ohne es jedoch völlig zu gewaschen, wodurch an das gewaschene  
Wasser die oft auch bittere Säure abgegeben wird.

**Ein Fahrzad.** Marko Dürstopp, Nr. 169,569, ist in der  
Nacht zum Montag einem Arbeiter aus Kleinodorf in Gräbchen  
gefallen worden. Wer den Verbleib des Rades kennt, möge den-  
selben der Expedition der „Volkswacht“ mitteilen.

**Unfälle.** Am 11. d. Mts., Nachmittags, wurde auf der  
Blücherstraße ein sechs Jahre altes Mädchen durch einen Kollaps  
überfahren und erlitt eine schwere Querschnitts-Verletzung  
des linken Unterarmes. Dem Kinde wurde im Augustahospital Hilfe geleistet.  
Ein 41 Jahre alter Schuhmachergeselle stürzte von einem Birch-  
baum und trug innere Verletzungen und einen Ober-  
schenkelbruch davon. Er fand im Krankenhaus der Darm-  
birsigen Brüder Aufnahme, wo er am 12. d. Mts. gestorben ist.

**Diebstähle.** In der Nacht zum 14. d. Mts. wurden  
einem auf einer Promenadenbank einerschulerten Freizeiter eine silberne  
Uhr, der Hut und ein Portemonnaie mit 2,70 Mark, einer Arbeiterin  
aus der Paradiesstraße eine silberne Damenuhr (Nr. 707754)  
und eine silberne Uhr, aus einem Keller auf der Schützenstraße  
3 Flaschen Simmental und mehrere Pfund Käse, aus einem Hause  
auf der Holsteistraße zwei Wäschekästchen, einem Fischer-  
meister ein Fischernetz im Werte von 25 Mark, einem Klempner-  
gesellen in einer Restauration auf der Stadtkasse sieben Mark,  
einer Witwe von der Breiten Straße eine Wringmaschine und ein  
Wäschekästchen.

**Verhaftung.** wurde eine taubstumme weibliche Person, die auf  
Neumarkt bei Verküpfung von Taschendiebstählen abgefaßt worden  
war. Ferner wurde ein Arbeiter verhaftet, der auf der Karlsruher-  
straße einen Knaben die Handtasche entwiffeln hatte, sowie endlich ein  
Anstreicher, der in einer Wohnung am Mühlentplatz durch ein  
Fenster eingedrungen war und von einem Schreiberlich einen wertvollen  
Ring gestohlen hatte.

**Polizeiliche Maßnahmen.** In das Polizeibezirkung  
wurden am 12. und 13. d. Mts. 67 Personen eingeliefert. — Ge-  
funden wurde ein Fehrmarsch. — Abhanden kamen: ein  
Gürtel mit silberner Schnalle, ein Messerblatt, ein Korallenarmband  
mit goldenem Verschluss und eine silberne Remontoiruhre.

## Aus Schlesien und Polen.

### Wahlkreis Hirschberg-Schönau.

Am Sonntag fand in Cunnersdorf eine außerordentliche  
Generalversammlung des Sozialdemokratischen  
Wahlvereins statt. Den Haupttagsordnungspunkt bildete die  
Kandidatenfrage. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig  
beschlossen, als Reichstagskandidaten für den Kreis den Genossen  
Robert Albert-Preslau aufzustellen. Die öffentliche Proklamation  
soll in einer baldigst einzuberufenden öffentlichen Volksversammlung  
erfolgen.

Von der Beschaffung des Parteitagess in Jeno mußte infolge der  
möglichen finanziellen Verhältnisse Abstand genommen werden. Als-  
dann gab Genosse Gatt als den Kassierbericht. Danach betrug  
die Einnahme inf. Bestand vom vorigen Quartal 181,70 Mk., die  
Ausgabe 86,10 Mk., mithin verbleibt ein Bestand von 145,60 Mk.  
Die Abrechnung des Vertreters ergab eine Einnahme von  
122 Mk., eine Ausgabe von 108,40 Mk., mithin bleibt hier ein  
Bestand von 13,60 Mark. Den Funktionären wurde Entlastung  
erteilt.

Die Sozialfrage ist jetzt dahin geregelt worden, daß laut Beschluß  
des Parteitagess und des Sozialdemokratischen Wahlvereins die „Arbeits-  
schätze“ in Cunnersdorf und der „Deutsche Kaiser“ daselbst als  
arbeitslose Verkehrspunkte zu gelten haben. Die Genossen werden  
strenge ermahnt, nur diese beiden Lokale zu besuchen, da die  
anderen Wirte die Arbeiter nicht gerne bei sich sehen. Beschlossen  
wurde ferner, den Genossen Peter-Dessau auch in Schmiedeburg und  
Stiebertal referieren zu lassen. Ein Antrag des Genossen Wenzel,  
daß Parteiprogramm den Mittelstande zu Gunsten zu machen, damit  
sie mehr wie über über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt  
werden, wird ebenfalls angenommen.

Winnen hierzu soll eine rege Agitation für die „Volkswacht“  
eingeleitet werden. Besonders die Frauen sollen mehr  
als bisher auf ihre Pflicht, ein Arbeiterblatt zu lesen, hingewiesen  
werden. Strenge soll darauf geachtet werden, daß jeder Arbeiter  
Abonnent der „Volkswacht“ ist.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als  
Revisoren wurden gewählt für die Kassierfrage die Genossen  
Fleunig und Maake, für die Parteifrage die Genossen Sach-  
schal und Schach. Zum Schluss wurde eine Votenzirkulation  
gegen die Fleischerzunft durch die Partei einstimmig  
angenommen. Die Versammelten verpflichteten sich, dafür zu sorgen,  
daß die Volkshandlung der Partei im ganzen Kreise bekannt  
werde.

Mit einem dreifachen Hoch auf die russischen Revolutionäre,  
die deutsche Sozialdemokratie und den Wahlkreis Hirschberg wurde  
die Versammlung geschlossen.

### Wer trägt die Schuld?

Schlechte Blätter veröffentlichen eine Aufschrift des bekannten  
Eisenbahnkritikers Prof. Dr. Frd. Engel in Berlin, worin dieser  
sich zu dem Eisenbahnunglück bei Spremberg folgendermaßen äußert:

„Die Strecke, auf der das Spremberger Unglück geschehen ist,  
zweifellos eine wichtige Linie, die zu fast der Hälfte von Ost-,  
Nord- und Mitteldeutschland nach dem Riesengebirge, eine Fernverkehrs-  
linie ersten Ranges, ist ein-  
geleitet. Auf einer so wichtigen Bahn wäre dieses unerbörliche Un-  
glück: das Aufeinanderstoßen zweier Schnellzüge nach menschlichen  
Gesetzen unmöglich gewesen. Wer trägt die Verant-  
wortung dafür, daß eine solche Linie im 20. Jahr-  
hundert eingeleitet ist? Die Eisenbahnverwaltung wird  
sich auf ihre Durchsichtspflicht berufen; sie tut es schon, denn  
sie läßt in der Presse veröffentlichen, daß es sich um eine Linie mit  
nur 23 jährlichen Zügen handelt, und daß eine solche Zahl noch  
nicht zum weitläufigen Ausbau einer Bahn verpflichtet. Durchschnitts-  
zahlen sind ein mathematischer Begriff, mit dem die Wirklichkeit  
nichts anfangen kann. In der Wirklichkeit gibt es  
keine Durchschnittszahlen, sondern man muß prüfen,  
welche Zugdichtigkeit der Verkehr zu gewissen  
Nahverkehrszeiten, ja zu gewissen Tageszeiten erreicht.  
Ueberschreitet sie eine gewisse mittlere Grenze, so steigert  
sich die Nervenzerrung für alle Abfertigungs-  
beamte, und es bedarf dann nur eines Verlangens  
der Reisenden gegenwart während weniger Augen-  
blicke, um das größte Unglück zu ver-  
ursachen. Die vorgelegte Behörde kann dann in dem Ge-  
fühl ihrer unbegrenzten Verantwortlichkeit erklären: wenn die  
Instruktion, die auf so wichtigem Papier gedruckt  
ist, von jedem Beamten in jedem Augenblick  
genau befolgt worden wäre, so wäre kein Unglück  
entstanden. Soviel aber könnte nachher auch die Eisenbahn-  
verwaltung von den Verantwortlichen der Physiologie und der wissen-  
schaftlichen Psychologie wissen, um sich die Möglichkeit vorzustellen,  
daß in dem ewigen Euerlei des Eisenbahnbetriebes auch der pflicht-

gemäßeste Beamte, nicht aus Schuld, sondern aus Unwissenheit, Ver-  
sehen, in einem jeden Augenblick, aber auch schon vor dem Eintreten  
des Unfalls von einem unvorhergesehenen Unfall betroffen werden  
eine richtige Meinung fassen anfaßt, das Gegenteil des Be-  
wusstseins und des menschlichen Instinkts ist und dem Bewusstsein  
wie die vorgelegte Behörde begeißelt, wie es so leicht handlung  
konnte.

Wenn ein solches, in jedem menschlichen Betriebe unabhäufiges  
geistige Verfahren, gibt es nur ein Mittel: die Verantwortung  
aller menschlichen Schutzwachen, die der erfindende  
Menscheneinständig bezieht. Ich erwarte im allgemeinen nicht,  
daß die Eisenbahnverwaltung in diesem Punkte vollständig handelt  
und kein brauchbares Mittel abweist, durch das ohne wesentliche  
Verletzung des Betriebes Gefahren abgewendet werden können.  
Ich halte mich für verpflichtet, in diesem schmerzlichen Anlaßfall  
ein Votum abzugeben, für das es allerdings die Verant-  
wortung des Beamten auf sich ziehen muß, der es mir berichtet hat. Ein  
Berliner Schriftsteller hat mir vor wenigen Monaten  
schriftlich erzählt: er habe eine ihm patentierte Erfindung gemacht,  
durch die auf die einfachste Weise ein Zusammenstoß auf offener  
Strecke völlig unmöglich gemacht werde; er habe seine Erfindung  
einem ausüblichen hohen Beamten im preussischen Eisenbahn-  
ministerium gezeigt und erklärt, und habe um ihre Prüfung  
und Einführung auf den preussischen Staatsbahnen ersucht. Der  
Beamte habe ihm die Prüfungsausschüsse seiner Er-  
findung zugesagt, habe aber erklärt, daß sie über-  
flüssig sei, denn bei der geschlossenen Aufmerksamkeit der mit dem  
Eisenbahnen betrauten Beamten sei ein Zusammenstoß auf  
offener Strecke ganz unmöglich. Ich bin unzufrieden,  
die Wahrheit dieser mir von einem als ehrenwert bekannten  
Mannemachtigen Mitteilung festzustellen. Sollte der Vorgang  
sich wirklich so abspielte haben und sollte, was ich in auch nicht  
wissen kann, die Erfindung wirklich brauchbar sein, so möchte ich  
nicht in der Haut des Beamten stehen, der eine schmerzliche Erfindung  
unbenutzt gelassen haben soll, weil er ein ebenso großes Vertrauen an  
der Aufmerksamkeit eines Menschen wie an der Brauchbarkeit einer Er-  
findung gehabt hätte.

Eine ungemein schwere Anschuldigung wird im „Berliner Tage-  
blatt“ gegen den Stationsassistenten Stallius erhoben,  
von der wir nur hoffen möchten, daß sie sich als haltlos erweise.  
Aus Wiesenthal (Post Tschelcheln l. R.) teilt dem „Berliner Tage-  
blatt“ für die Nichtleistung seiner Aufgaben ein, folgendes mit:

„Ich kann Ihnen die Ursache des Spremberger  
Eisenbahnunglücks genau mitteilen. Der Sta-  
tionsvorsteher (soll heißen Assistent, Red.), der früher in  
Teupitz stationiert war, hat am dem Unglückstage bis 2 Uhr im  
Rostocker Hotel in Teupitz geblieben und ist dann nach Spremberg  
in den Dienst gefahren. Er war betrunken. Ein Herr, dem  
er angetrunken hatte, äußerte, er hätte den Vorsteher von der Fahrt  
zurückgehalten, wenn er gewußt hätte, daß er Dienst tun müßte,  
denn er war betrunken. Ich übernehme volle Verantwortung hier-  
für, übrigens spricht hier jedermann in der Gegend über die  
Trunkenheit des Mannes. Die besten Empfehlungen bei  
der Eisenbahnverwaltung werden nichts nützen, so lange es un-  
zuverlässige und gemisshaltige Betriebsbeamte gibt.“

Von anderer Seite wird dem versch. Sporttrieb der  
Eisenbahnverwaltung die Schuld gegeben. Es wird näm-  
lich gemeldet, daß der in Haft genommene Assistent Stallius  
neben seinem Amtsdienst auch noch den Verkauf der Fahr-  
karten bestragt haben soll. Dadurch in Anspruch genommen, hat  
er nicht selbst die Prüfung aus Schließung beim Wasserverfahren  
angenommen, sondern sie durch einen Unterbeamten aufnehmen lassen,  
dann aber in der Meinung, der Obersteher Jura warte auf der Station  
Schleife auf den Berliner Zug, diesen fahrplanmäßig 4 Uhr 40 Min.  
abfahren lassen. Des weiteren ist konstatiert worden, daß die  
Handelkammer und die Kantonsverwaltung in Gabelitz  
seit 15 Jahren bereits vergeblich um den we-  
sentlichsten Ausbau der Unglücksstrecke Kottbus-  
Gabelitz petitionieren. Jetzt soll das Ministerium mit  
Passenpetitionen für einen weitläufigen Ausbau der Bah-  
strecke Ost- und Kottbus bestragt werden.

Glauben diese Herrschaften wirklich, daß die Gelehrten der  
preussischen Regierung ihre Entschuldigungen durch Massenpetitionen  
beeinflussen lassen? Als die Millionen-Petition wider den  
Buchtarif im Reichstag einlief, hat das die Regierung nicht im Ge-  
ringsten gemerkt. Mit Petitions-Material wird ein zweites Geleis  
nicht von Kottbus nach Gabelitz gebaut. Wenn Blut nicht  
hilft, so hilft Papier nicht und Tinte auch  
nicht. Aber das Blut der Getöteten spricht ja aufreißend genug  
für den Ausbau der Strecke. Einmal ja auch blaues Blut erster  
Klasse vergossen wurde. Ein schrecklicher Gedanke für jedes Herren-  
hausmitglied! Wir werden sehen, ob Pingenblut ein wirksamerer  
Saft ist als tiefschwarze Kaffertinte.

### Zentrumler unter sich.

Die „Oberstl. Volkszeitung“, ein Zentrumblatt in Gleiwoj, hatte  
mit aller Bestimmtheit behauptet, die „Doppel-Nachrichten“ (sogenannt  
Zentrumsbureau auf Kambodia) in Oppeln hatten sich für ihre  
Dissolution gegen Herrn Major Samula im Jahre 1903 vom Herrn  
Justizrat Vogt 500 Mk. zahlen lassen. Die „Nachrichten“ bezeichneten  
die Meldung als unwahr. Darauf berief sich die „Volkszeitung“ auf  
den Expedienten der „Nachrichten“, welcher behauptete, die  
Wahrheit der Meldung bestragt. Jetzt erklärt die „Oberstl. Volkszeitung“,  
sie habe ja aus eigenem gar nichts behauptet, sondern nur ein un-  
kontrollierbares Gerücht wiedergegeben.

**Schweidnitz, 12. August.** In der Wahlvereins-  
sitzung am 9. d. Mts. erstattete zum ersten Mal der Tages-  
ordnung der Kassierer Genosse Böttner den Kassierbericht für das  
zweite Quartal 1905. Eine Einnahme inklusive Bestand von  
143,88 Mk. stand eine Ausgabe von 63,68 Mk. gegenüber, sodas der  
zeitliche Kassierbestand sich auf 80,20 Mk. beläuft. Die Mitglieder-  
zahl betrug am Schlusse des Quartals 305, eine Zahl, die noch nie  
an vorherigen war seit Bestehen der Parteibewegung am hiesigen  
Orte und Umgebend. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.  
Der Vertrauensmann gab anschließend an diesen Bericht  
die Abrechnung der freiwilligen Beiträge sowie Sammelkassen.  
Demnach balanzierte die Einnahme und Ausgabe mit 155,68 Mark  
Pant Wahlvereinsbeschlusses gelangten die freiwilligen Beiträge seit dem  
1. April d. J. ebenfalls in die Hände des Kassierers.  
Besamt gegeben wurde noch, daß von dem Ueberflusse des am  
23. Juli abgehaltenen Parteitagess 10 Mark der Vereinskasse zu-  
erlassen sind. In Punkt 2 der Tagesordnung Landagitation  
berief Genosse Böttner über seine zweite Agitationstour nach dem  
Landwehrwerke Lentmannsdorf Uebertraut traurig über es daselbst mit  
unserer Parteibewegung aus. Ein großer Teil der früheren Mitglieder  
haben unserer Agitation den Rücken gekehrt, ebenso sei die Abonnenten-  
zahl der Parteipresse beträchtlich gesunken. Als Hauptgrund für  
diesen Rückgang führte Böttner den Mangel an geeigneten  
Vertrauenspersonen, sowie die Unruhe der bisherigen  
Vertrauensmannes an. Zum Schluss führte Böttner aus, um die  
Lentmannsdorfer Parteibewegung wieder in die Höhe zu bringen, sei  
es unbedingt nötig, daß nicht wie jetzt zwei, sondern 5-6 Genossen  
jeweils mündlicher Agitation sowie Mitglieder-Gewinnung nach  
diesem Orte entsandt werden. Diefem Vorschlage soll auch in  
kurze entprochen werden. Weiter wurde unter Punkt 2  
die Kalender-Verbreitung in diesem Jahre besprochen.  
Genosse Böttner teilte mit, daß eine Vertrauensmann-Konferenz  
des Wahlkreises die Anschaffung von 20.000 Kollisionsendern  
beschlossen habe. Von diesen entfallen 8000 Stück für den Bezirk  
Schweidnitz. Die Veranlassung erklärte sich hiermit einver-  
standen. Genosse Böttner betonte, daß für Anschaffung sowie Ver-  
breitung der Kalender auf dem Lande bedeutende Geldmittel erforder-  
lich sind und ersuchte die Anwesenden, für rege Zeichnung der hiesigen  
zu diesem Zwecke ausgegebenen Sammelkassen Sorge zu tragen zu wollen.

Wahlvereins- und Parteitagess in Jeno mußte infolge der  
möglichen finanziellen Verhältnisse Abstand genommen werden. Als-  
dann gab Genosse Gatt als den Kassierbericht. Danach betrug  
die Einnahme inf. Bestand vom vorigen Quartal 181,70 Mk., die  
Ausgabe 86,10 Mk., mithin verbleibt ein Bestand von 145,60 Mk.  
Die Abrechnung des Vertreters ergab eine Einnahme von  
122 Mk., eine Ausgabe von 108,40 Mk., mithin bleibt hier ein  
Bestand von 13,60 Mark. Den Funktionären wurde Entlastung  
erteilt.

Die Sozialfrage ist jetzt dahin geregelt worden, daß laut Beschluß  
des Parteitagess und des Sozialdemokratischen Wahlvereins die „Arbeits-  
schätze“ in Cunnersdorf und der „Deutsche Kaiser“ daselbst als  
arbeitslose Verkehrspunkte zu gelten haben. Die Genossen werden  
strenge ermahnt, nur diese beiden Lokale zu besuchen, da die  
anderen Wirte die Arbeiter nicht gerne bei sich sehen. Beschlossen  
wurde ferner, den Genossen Peter-Dessau auch in Schmiedeburg und  
Stiebertal referieren zu lassen. Ein Antrag des Genossen Wenzel,  
daß Parteiprogramm den Mittelstande zu Gunsten zu machen, damit  
sie mehr wie über über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt  
werden, wird ebenfalls angenommen.

Winnen hierzu soll eine rege Agitation für die „Volkswacht“  
eingeleitet werden. Besonders die Frauen sollen mehr  
als bisher auf ihre Pflicht, ein Arbeiterblatt zu lesen, hingewiesen  
werden. Strenge soll darauf geachtet werden, daß jeder Arbeiter  
Abonnent der „Volkswacht“ ist.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als  
Revisoren wurden gewählt für die Kassierfrage die Genossen  
Fleunig und Maake, für die Parteifrage die Genossen Sach-  
schal und Schach. Zum Schluss wurde eine Votenzirkulation  
gegen die Fleischerzunft durch die Partei einstimmig  
angenommen. Die Versammelten verpflichteten sich, dafür zu sorgen,  
daß die Volkshandlung der Partei im ganzen Kreise bekannt  
werde.

Mit einem dreifachen Hoch auf die russischen Revolutionäre,  
die deutsche Sozialdemokratie und den Wahlkreis Hirschberg wurde  
die Versammlung geschlossen.

**Wahlkreis Hirschberg-Schönau.**  
Am Sonntag fand in Cunnersdorf eine außerordentliche  
Generalversammlung des Sozialdemokratischen  
Wahlvereins statt. Den Haupttagsordnungspunkt bildete die  
Kandidatenfrage. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig  
beschlossen, als Reichstagskandidaten für den Kreis den Genossen  
Robert Albert-Preslau aufzustellen. Die öffentliche Proklamation  
soll in einer baldigst einzuberufenden öffentlichen Volksversammlung  
erfolgen.

Von der Beschaffung des Parteitagess in Jeno mußte infolge der  
möglichen finanziellen Verhältnisse Abstand genommen werden. Als-  
dann gab Genosse Gatt als den Kassierbericht. Danach betrug  
die Einnahme inf. Bestand vom vorigen Quartal 181,70 Mk., die  
Ausgabe 86,10 Mk., mithin verbleibt ein Bestand von 145,60 Mk.  
Die Abrechnung des Vertreters ergab eine Einnahme von  
122 Mk., eine Ausgabe von 108,40 Mk., mithin bleibt hier ein  
Bestand von 13,60 Mark. Den Funktionären wurde Entlastung  
erteilt.

Die Sozialfrage ist jetzt dahin geregelt worden, daß laut Beschluß  
des Parteitagess und des Sozialdemokratischen Wahlvereins die „Arbeits-  
schätze“ in Cunnersdorf und der „Deutsche Kaiser“ daselbst als  
arbeitslose Verkehrspunkte zu gelten haben. Die Genossen werden  
strenge ermahnt, nur diese beiden Lokale zu besuchen, da die  
anderen Wirte die Arbeiter nicht gerne bei sich sehen. Beschlossen  
wurde ferner, den Genossen Peter-Dessau auch in Schmiedeburg und  
Stiebertal referieren zu lassen. Ein Antrag des Genossen Wenzel,  
daß Parteiprogramm den Mittelstande zu Gunsten zu machen, damit  
sie mehr wie über über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt  
werden, wird ebenfalls angenommen.

Winnen hierzu soll eine rege Agitation für die „Volkswacht“  
eingeleitet werden. Besonders die Frauen sollen mehr  
als bisher auf ihre Pflicht, ein Arbeiterblatt zu lesen, hingewiesen  
werden. Strenge soll darauf geachtet werden, daß jeder Arbeiter  
Abonnent der „Volkswacht“ ist.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als  
Revisoren wurden gewählt für die Kassierfrage die Genossen  
Fleunig und Maake, für die Parteifrage die Genossen Sach-  
schal und Schach. Zum Schluss wurde eine Votenzirkulation  
gegen die Fleischerzunft durch die Partei einstimmig  
angenommen. Die Versammelten verpflichteten sich, dafür zu sorgen,  
daß die Volkshandlung der Partei im ganzen Kreise bekannt  
werde.

Mit einem dreifachen Hoch auf die russischen Revolutionäre,  
die deutsche Sozialdemokratie und den Wahlkreis Hirschberg wurde  
die Versammlung geschlossen.

**Wahlkreis Hirschberg-Schönau.**  
Am Sonntag fand in Cunnersdorf eine außerordentliche  
Generalversammlung des Sozialdemokratischen  
Wahlvereins statt. Den Haupttagsordnungspunkt bildete die  
Kandidatenfrage. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig  
beschlossen, als Reichstagskandidaten für den Kreis den Genossen  
Robert Albert-Preslau aufzustellen. Die öffentliche Proklamation  
soll in einer baldigst einzuberufenden öffentlichen Volksversammlung  
erfolgen.

Von der Beschaffung des Parteitagess in Jeno mußte infolge der  
möglichen finanziellen Verhältnisse Abstand genommen werden. Als-  
dann gab Genosse Gatt als den Kassierbericht. Danach betrug  
die Einnahme inf. Bestand vom vorigen Quartal 181,70 Mk., die  
Ausgabe 86,10 Mk., mithin verbleibt ein Bestand von 145,60 Mk.  
Die Abrechnung des Vertreters ergab eine Einnahme von  
122 Mk., eine Ausgabe von 108,40 Mk., mithin bleibt hier ein  
Bestand von 13,60 Mark. Den Funktionären wurde Entlastung  
erteilt.

Die Sozialfrage ist jetzt dahin geregelt worden, daß laut Beschluß  
des Parteitagess und des Sozialdemokratischen Wahlvereins die „Arbeits-  
schätze“ in Cunnersdorf und der „Deutsche Kaiser“ daselbst als  
arbeitslose Verkehrspunkte zu gelten haben. Die Genossen werden  
strenge ermahnt, nur diese beiden Lokale zu besuchen, da die  
anderen Wirte die Arbeiter nicht gerne bei sich sehen. Beschlossen  
wurde ferner, den Genossen Peter-Dessau auch in Schmiedeburg und  
Stiebertal referieren zu lassen. Ein Antrag des Genossen Wenzel,  
daß Parteiprogramm den Mittelstande zu Gunsten zu machen, damit  
sie mehr wie über über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt  
werden, wird ebenfalls angenommen.

Winnen hierzu soll eine rege Agitation für die „Volkswacht“  
eingeleitet werden. Besonders die Frauen sollen mehr  
als bisher auf ihre Pflicht, ein Arbeiterblatt zu lesen, hingewiesen  
werden. Strenge soll darauf geachtet werden, daß jeder Arbeiter  
Abonnent der „Volkswacht“ ist.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als  
Revisoren wurden gewählt für die Kassierfrage die Genossen  
Fleunig und Maake, für die Parteifrage die Genossen Sach-  
schal und Schach. Zum Schluss wurde eine Votenzirkulation  
gegen die Fleischerzunft durch die Partei einstimmig  
angenommen. Die Versammelten verpflichteten sich, dafür zu sorgen,  
daß die Volkshandlung der Partei im ganzen Kreise bekannt  
werde.

Mit einem dreifachen Hoch auf die russischen Revolutionäre,  
die deutsche Sozialdemokratie und den Wahlkreis Hirschberg wurde  
die Versammlung geschlossen.

**Wahlkreis Hirschberg-Schönau.**  
Am Sonntag fand in Cunnersdorf eine außerordentliche  
Generalversammlung des Sozialdemokratischen  
Wahlvereins statt. Den Haupttagsordnungspunkt bildete die  
Kandidatenfrage. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig  
beschlossen, als Reichstagskandidaten für den Kreis den Genossen  
Robert Albert-Preslau aufzustellen. Die öffentliche Proklamation  
soll in einer baldigst einzuberufenden öffentlichen Volksversammlung  
erfolgen.



